

Ostdeutsches Kuratorium  
von Verbänden e.V.

## **Alternative Einheitsfeier**

am 3. Oktober 2021



**Unter dem Thema**

**»Nieder mit der imperialistischen Konfrontationspolitik -  
für eine bessere Zukunft«**

## Inhalt

<b>Erklärung „Für eine bessere Zukunft“ vom 5.10.20 Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden e. V. ....</b>	<b>2</b>
<b>Dr. Matthias Werner, Eröffnung .....</b>	<b>5</b>
<b>Liane Kilinc, _Vorsitzende Friedensbrücke- Kriegsopferhilfe e.V., Rede.....</b>	<b>8</b>
<b>Dr. habil. Peter Kroh, Rede.....</b>	<b>16</b>
<b>Rainer Rupp, Rede .....</b>	<b>28</b>
<b>Gerhard Nennstiel, schriftl. Redebeitrag .....</b>	<b>47</b>
<b>Zur Gründung einer Initiative .....</b>	<b>55</b>
<b>Grußwort von ISOR e.V. ....</b>	<b>56</b>
<b>Gemeinsam für den Frieden, Ein Aufruf zur Vernunft, 16. Juni 2021 .....</b>	<b>57</b>
<b>Grußbotschaft des Weltfriedensrates .....</b>	<b>60</b>
<b>Zur Veranstaltung am 3.10.2021 zeichnen Dr. Peter Kroh sowie E. Rasmus ihre Bücher für Interessenten ..</b>	<b>62</b>

Herausgegeben vom Präsidium des OKV e.V. für  
seine Mitglieder, 3. Oktober 2021

## Erklärung „Für eine bessere Zukunft“ vom 5.10.20 Ost-deutsches Kuratorium von Verbänden e. V.

Vor 30 Jahren „trat“ die DDR der BRD bei. Viele DDR-Bürger hatten die Illusion, im nunmehr vereinten Deutschland ein friedliches, freies, gleichberechtigtes und wohlhabendes Leben führen zu können. Diese Illusion hat sich für die meisten Bürger nicht erfüllt. Sie sind gestrandet in einem Gesellschaftssystem der Raffgier und des Geldes. Sie leben in einem Staat, der Kriege führt, beim Waffenexport führend ist, die EU im Interesse des Kapitals dominiert, weltweit durch bewaffnete Interventionen und durch Ausbeutung von Mensch und Natur große Zerstörung, Elend, Armut und folglich Ströme von Flüchtlingen und Migranten erzeugt, die dann im Mittelmeer ertrinken können oder von der EU-Wertegemeinschaft in menschenunwürdigen Lagern ihrem Schicksal überlassen werden.

Besonders schockiert, dass wir nun in einem Staat leben, in dem die Herrschenden Russland und seine führenden Repräsentanten auf das Übelste verleumden und politisch, militärisch und wirtschaftlich erpressen.

Die Mehrzahl der Bürger der DDR, die sich für eine bessere Zukunft engagiert hatten, wollen einen solchen Staat nicht. Sie wollen, dass Frieden, Freiheit und Menschenwürde keine leeren Floskeln bleiben. Sie werden niemals vergessen, dass die Sowjetunion Deutschland vom Faschismus befreit und dafür viele Millionen Menschenopfer erbracht hat. Freundschaft und friedliche Beziehungen mit Russland sind ihnen ein Herzensbedürfnis. Ebenso freundschaftliche Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China. Wir fordern die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten und die Aufhebung aller Sanktionen.

Die Virus-Pandemie hat die Unfähigkeit dieses kapitalistischen Gesellschaftssystems zur Lösung der wichtigsten Probleme der Menschheit offengelegt. Vorwärtsweisende Lehren daraus haben die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen nicht gezogen. Mit ungeheuren ungedeckten Geldsummen soll erreicht werden, dass die alten, das Leben

auf unserem Planeten bedrohenden zerstörerischen Zustände, wiederhergestellt werden. Wir halten stattdessen eine **grundlegende Änderung der Lebensweise** für zwingend notwendig:

**Schluss** mit einer außer Rand und Band geratenen Konsum- und Vergnügungsgesellschaft und der Verdummung der Massen mit Hilfe der Medien. Produkte, die keiner braucht, werden mit irrsinnigen Werbekampagnen den Menschen aufgeschwatzt, nur um einen nutzlosen Umsatz zu generieren im Namen des Profits. Diese Produktionsweise schadet der Umwelt, sie dient nur dem Profit. Stattdessen - Besinnung auf eine vernünftige menschenwürdige Lebensführung.

**Schluss** mit der Herrschaft des Finanzkapitals und seiner Spekulanten. Schluss mit der Schöpfung von Geld und Reichtum ohne Arbeit. Schluss mit der Ansammlung von gigantischem Reichtum bei Wenigen und gigantischer Armut bei den Meisten weltweit.

**Schluss** mit der Herstellung billigster Lebensmittel und Konsumwaren und der Ausbeutung von Rohstoffen und Energien in den ärmsten Ländern unter menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen.

**Schluss** mit der Zersplitterung der Produktion rund um den Erdball. Folglich Schluss mit dem sinnlosen Transport von Waren und Menschen rund um den Globus zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Besinnung auf die eigenen Ressourcen und Möglichkeiten.

**Schluss** mit der dem Profit dienenden Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen, des Wohnungswesens, von sozialen Diensten, des öffentlichen Verkehrs, der Energieversorgung, in Bildung, Kultur und Sport. Rückführung in staatliches, genossenschaftliches und kommunales Eigentum mit dem Ziel, die Daseinsfürsorge der Bevölkerung zu decken.

Vor allem: **Schluss** mit kriegerischen Abenteuern, der Herstellung und dem Export immer neuer Rüstungsgüter rund um den Erdball. Wir betrachten mit Sorge, dass von den Herrschenden die Pandemie missbraucht wird, um ein gescheitertes Gesellschaftssystem nicht nur

zu restaurieren, sondern expansiv und gewaltsam rund um den Erdball zu installieren.

Wir befürchten, dass die Bekämpfung der Pandemie zum Vorwand wird, um durch Sparorgien neue Lasten auf die Bevölkerung abzuwälzen und demokratische Grundrechte weiter abzubauen.

**Wir rufen** alle Bürgerinnen und Bürger **auf**, sich derartigen Bestrebungen öffentlich zu widersetzen.

**Wir ermutigen** und unterstützen insbesondere **die jungen Generationen** darin, aktiv ein friedliches, sozial gerechtes und die Umwelt schonendes Gesellschaftssystem einzufordern.

**Wir fordern** alle links orientierten Parteien, Verbände und Organisationen auf, ideologische und personelle Vorbehalte zurück zu stellen und **sich gemeinsam für die Erreichung dieser überlebenswichtigen Ziele zu verbünden.**

*Diese Erklärung wurde durch die Verbände des OKV initiiert, durch Erstunterzeichner formuliert, unterstützt, bei der Aktivtagung des OKV am 5. Oktober 2020 vorgetragen und fand bisher viele Mitzeichner. Sie ist nach wie vor Richtschnur unseres gemeinsamen Handelns.*

## Dr. Matthias Werner, Eröffnung

**Verehrte Anwesende, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen**, im Auftrag des Präsidiums des Kuratoriums ost-deutscher Verbände heiÙe ich Euch zu unserer traditionellen Protestveranstaltung aus Anlass des Anschlusses der DDR an die imperialistische BRD willkommen. Wir haben unsere diesjähriqe Protestveranstaltung zum wiederholten Mal dem Thema Frieden und soziale Gerechtigkeit gewidmet. Die Veranstaltung steht deshalb unter dem Motto: **„Nieder mit der imperialistischen Konfrontationspolitik- Für eine bessere Zukunft“**

Das hoffnungsvolle Signal, dass vor mehr als 100 Jahren vom Roten Oktober in Russland, mit dem Dekret über den Frieden, an die Völker der Welt ausging und nach dem Sieg der Antihitlerkoalition und dem Entstehen eines sozialistischen Lagers die gewachsene Hoffnung auf eine friedliche Zukunft der Menschheit, Gestalt annahm, erhielt mit der Niederlage des Sozialismus in Europa, einen schweren Rückschlag. Mit dem Zurückfallen der ehemals sozialistischen Länder in den Machtbereich des Imperialismus sind die sozialen Probleme und die Gefahren für den Frieden wie zu Zeiten vor dem ersten und vor dem zweiten Weltkrieg wieder zu einer Bedrohung für das Leben in Europa, ja der ganzen Welt geworden.

Es herrscht wieder der Monopolkapitalismus in ganz Europa und lässt seine Muskeln spielen. Und wir erleben alle die Richtigkeit des leninischen Satzes: „Monopolkapitalismus führt unweigerlich zu einer sprunghaft- ungleichmäßigen Entwicklung der konkurrierenden Mächte und gebiert „Krisen in der Wirtschaft und Kriege in der Politik“.

Russland in Europa und China in Asien werden durch die kriegslüsterne Meute der imperialistischen Hauptkräfte der USA und ihrer Vasallen in der NATO zum Hauptfeind stilisiert. Um von den eigentlichen Zielen abzulenken wird gemeinsam mit den Mainstream-medien die „Bedrohung durch den Terrorismus“ derart aufgebauscht, dass die meisten Menschen, die um viele Dimensionen größere Gefahr eines großen Krieges hier in Europa gar nicht erkennen. Tatsächlich aber ist

die Möglichkeit eines Krieges zwischen den wirtschaftlich und militärisch stärksten Ländern der Welt zurückgekehrt. Uns erfüllt mit Abscheu, dass unter der Regierung der BRD Hetze gegen Russland und aktive Kriegsvorbereitung an dessen Grenzen wieder zum politischen Alltag geworden sind. Dem stellen wir uns mit aller Entschiedenheit entgegen.

Im 80. Jahr des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion danken wir den Völkern der Sowjetunion für ihren heldenhaften und opferreichen Kampf zur Befreiung der Völker Europas von der faschistischen Barbarei. Wir würdigen die heutige Rolle Russlands und Chinas für die Erhaltung des Weltfriedens als Gegenpol zu den imperialen Interessen der USA, der NATO und der BRD. In einer Welt ohne Mangel an Atomwaffen sollte das aggressive Verhalten der NATO-Staaten höchst alarmierend sein. Aber die Masse der Bevölkerung in NATO-Europa scheint vollkommen arglos und den scheinheiligen Phrasen ihres politischen Führungspersonals von Frieden und Sicherheit zu vertrauen. Dabei würde gerade Europa zweifellos zum Hauptkriegsschauplatz einer von den USA provozierten, bewaffneten Auseinandersetzung zwischen der NATO und Russland werden. Vor unser Aller Augen werden Waffen und Soldaten an den Grenzen Russlands in Stellung gebracht. Und von unbelehrbaren deutschen Politikern, initiiert, nehmen an diesen Provokationen auch deutsche Soldaten teil.

**Wir verurteilen** die Teilnahme der BRD an internationalen Kriegseinsätzen, die zu nichts anderen führen als zu Not und Elend, in den von der sog. westlichen Wertegemeinschaft überfallenen Ländern. Es geht wie stets um imperiale Ziele zur Rohstoffsicherung und Unterdrückung anderer Völker. Die jungen Soldaten die in den Krieg geschickt werden, werden durch scheinheilige falsche Versprechen und Lügen verführt, Waffen gegen andere Völker einzusetzen. Am Ende steht die Flucht, in diesem Fall vor dem Afghanischen Volk. Zum wiederholten Mal scheitert die auf Lügen aufgebaute imperialistische Machtpolitik.

**Wir fordern** die Beendigung aller Kriegseinsätze und Waffenexporte und die Rückkehr zu einer aktiven solidarischen Friedenspolitik.

Uns erfüllt mit Sorge und tiefer Anteilnahme das millionenfache Schicksal der Flüchtlinge in aller Welt, besonders der Tausenden von Toten an den künstlich geschaffenen Grenzen und Mauern.

**Wir fordern**, endlich durch Unterstützung statt Ausbeutung der Entwicklungsländer die Ursachen für Krieg und Armut zu beseitigen, statt die Opfer zu verleumden.

**Wir wenden uns gegen** jede Form des Rechtsruckes und der Faschisierung und des Missbrauches des Flüchtlingselends für populistische politische Ziele.

**Wir rufen erneut alle linken und fortschrittlichen Kräfte dazu auf**, sich im Kampf gegen Krieg, Faschisierung und Armut noch enger zusammen zu schließen und alles Trennende beiseite zu schieben.

**Uns ist bewusst:** Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen. Deshalb kann es dauerhaften Frieden nur geben, wenn die Herrschaft des Kapitals überwunden wird. **Dafür treten wir ein!**

Deshalb ist es eine grobe Vernachlässigung der mit viel Blut erworbenen Erfahrungen im Klassenkampf, wenn heute der kleinliche und rechthaberische Streit zwischen den Linken und innerhalb dieser Parteien und Vereinigungen im Vordergrund steht und nicht der gemeinsame Kampf gegen die Klassenfeinde. Das räumt das Feld und überlässt eine desorientierte und vom Gift des Antikommunismus zerfressene werktätige Masse den faschistischen Helfershelfern, unseren Klassenfeinden.

Deshalb lasst uns das 1000- Mal gesagte wiederholen:

**Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!**

Kämpfen wir gemeinsam für eine Welt des Friedens der sozialen Gerechtigkeit.

Erneuern wir unseren Schwur nicht eher zu ruhen bis die imperialistischen Kriegstreiber von diesem Erdball getilgt sind.



Liane Kilinc,  
Vorsitzende Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e.V.,  
Rede

Liebe Freundinnen und Freunde,  
es ist schön, euch auch dieses Jahr wieder zu sehen.

Ich sage das nicht wegen Corona; ich sage das, weil seit 2014 das Damoklesschwert eines großen Krieges über uns hängt und wir ein weiteres Jahr überstanden haben, ohne dass es herabgesaut ist.

Ein Jahr, das bizarr war und viele Gefühle erregt hat. **Scham**, angesichts der tiefen Korruption, die in der Bundesrepublik inzwischen völlig ungehemmt ausgelebt wird. Die vielen Betrügereien rund um Corona, vom Maskenskandal bis zum Betrug bei der Zahl der Intensivbetten, sind nur ein kleiner Ausschnitt.

**Entsetzen** darüber, wie weit der Verfall der gewöhnlichen staatlichen Strukturen fortgeschritten ist, des Teils des Staats, der nicht zur Unterdrückung dient, und der bei der Flutkatastrophe völlig versagt hat. Ein Verfall, der durch die Corona-Maßnahmen mit kaum mehr erreichbaren Behörden und Ärzten, die nur noch zum Impfen zur Verfügung stehen, noch beschleunigt wird.

**Erschütterung und Befremden** über eine angeblich der Seuchenbekämpfung dienende Politik, die tief in jene Bereiche einschneidet, die uns zu Menschen machen – Kommunikation, Nähe, Berührung, Zuwendung. Die – ohne Einsatz sichtbarer Gewalt – Menschen den Lebensmut raubt und sie in Verzweiflung stürzt.

**Zorn** über politische Manöver wie den Versuch, der DKP die Eigenschaft einer Partei abzuerkennen, Manöver, die selbst die Grundlagen des bürgerlichen Rechts vollständig ignorieren und noch einmal unterstreichen, dass wir uns längst am äußersten Rand der bürgerlichen Demokratie befinden, dort, wo sie nur noch einen Handstreich vom Faschismus entfernt ist.

Wir sehen, wie **materielles und seelisches Elend** immer tiefer in die Bevölkerung einschneiden, während die Verursacher und Profiteure, die sichtbaren Exponenten des obersten Teils der herrschenden Klasse wie ein Bill Gates, zu „Philanthropen“, zu Menschenfreunden stilisiert werden und sich die Medien diesen Herrschaften gegenüber vor Kratzfüßigkeit überschlagen.

Lenin schrieb, der Imperialismus sei der Kapitalismus, der in Fäulnis übergegangen ist. Das Miasma dieser Fäulnis düstet noch durch die Masken, die zu tragen wir gezwungen werden.

Das Land, aus dem wir kommen, war anders. Nüchtern, verlässlich. Was gesagt wurde, das wurde nach besten Möglichkeiten auch getan. Menschlichkeit war nichts, was täglich lauthals gepredigt werden musste, sondern etwas, was einfach da war, als Voraussetzung des Denkens und Handelns. Not wahrzunehmen war gleichbedeutend mit dem Auftrag, ihr abzuhelpfen. Für das Getane wie für das Nichtgetane Rechenschaft abzulegen, war uns selbstverständlich, so wie es die Hilfe füreinander ebenfalls war, von der Jugend bis ins Alter. So ein Land zu lieben, war leicht.

Dieses Deutschland, das über uns kam, ist ein täglicher Schmerz. Es ist aufgedonnert, aber hirnlos; herrschsüchtig,

zickig, aber lieblos; großsprecherisch, aber bar jeder Verlässlichkeit; und wir klammern uns an die Hoffnung, dass unter der dicken Schminke, hinter der falschen Fassade doch noch irgendwo genug Nüchternes, Praktisches, Klares verborgen ist, unsere alte Liebe wieder zum Leben zu erwecken.

Der **Kapitalismus im Endstadium** hat die Vernunft verabschiedet; wendet sich von jeder einzelnen Errungenschaft ab, die er einst in seiner revolutionären Phase der Menschheit gebracht hatte. An die Stelle der feudalen Religion sind moralgetränkte Pseudobegriffe getreten, wie der Klimawandel oder das, was als „Antirassismus“ ausgegeben wird, deren Anhänger mit religiösem Eifer alles Abweichende zur Ketzerei erklären: Klimawandelleugner, Querdenker. Ein Glauben, der nicht mehr das menschliche Ideal in den Himmel hebt, sondern dessen Ideal völlig von menschlichen Zügen befreit ist, von Materialität, von Geschichte; der vergottete Antimensch.

Diese Neigung zum idealistischen Irresein hat ihre Wurzeln tief in der Agonie der Ökonomie. Die treibenden Gruppen des Kapitals sind jene, die selbst gar keinen Bezug zur materiellen Produktion mehr haben; die dem Glauben verfallen sind, dass Geld Geld heckt; die aus dem Wissen, das sich die Menschheit erarbeitet hat, Privatbesitz machen und inzwischen selbst die Luft besteuern. Um ihre Ansprüche, die längst durch reales Mehrprodukt nicht mehr gedeckt werden können, zu befriedigen, verfallen Brücken und Straßen, werden die Löhne so weit gedrückt, dass Kinder zum Luxus werden, wird jedes Stück Infrastruktur, vom Gesundheitswesen über die Energieversorgung bis zur Bildung, Schritt für Schritt privatisiert und zerstört. Jede Vorstellung von

Zukunft wird durch einen apokalyptischen Schrecken ersetzt, der, gleich ob nun als Pandemie oder als Klimawandel, nur dazu dienen soll, noch das letzte bisschen Wohlstand aus dem Volk herauszupressen.

Was wir erlebten, als das Volksvermögen unseres Staates verschleudert wurde, war nur der unschuldige Anfang. Der Staat, in dem wir heute leben, erfüllt von den vielen Aufgaben, die ein Staat hat, nur noch zwei: für die Unterdrückung der Besitzlosen zu sorgen und so viel Geld wie möglich an die Besitzenden weiterzureichen. Wie es mit der grundlegenden Aufgabe, das Überleben der Bevölkerung zu sichern, steht, zeigen zwei Punkte zur Genüge: die Tatsache, dass dank Biogasproduktion inzwischen 80 Prozent der pflanzlichen Nahrungsmittel importiert werden müssen, und das Totalversagen angesichts einer angekündigten Flut.

Nicht einmal die Funktion als ideeller Gesamtkapitalist ist noch gesichert – materielle Produktion ist auf ein verlässliches Stromnetz und auf befahrbare Straßen angewiesen; jeder, der sich in der Materie auskennt, weiß, dass viele der großen Brücken, die seit Jahrzehnten nicht gewartet wurden, demnächst nur noch gesperrt werden können, und die pathetisch verkündete Energiewende wird dafür sorgen, dass auch der Strom nicht mehr sicher ist. Es ist nicht nur das ökonomische System, das in Fäulnis übergegangen ist; es ist die Kultur, es sind selbst die Gebäude, es sind die Beziehungen zwischen den Menschen. Wie oft erlebe ich es, dass der Mangel an menschlicher Zuwendung, an sozialem Leben bei denen, die ich pflege, nicht nur die Lebenslust nimmt, sondern auch in ungerichtete Aggression umschlägt. Selbst des unschuldigsten Lächelns beraubt, begegnen sich die

Menschen mit Misstrauen und Zorn. Dieses Land verfault bei lebendigem Leib.

Dem großen Bruder jenseits des Atlantiks geht es nicht anders. Die Stadt Las Vegas lieferte dafür ein schönes Beispiel – statt den vielen Obdachlosen während der „Lockdown“ genannten Gefangenschaft Unterkunft in den vielen leerstehenden Hotels zu gewähren, verfrachtete sie sie auf einen Parkplatz. Auf dem dann die Linien, die die Stellplätze für die Autos voneinander trennen, die Grenzen des Bereichs darstellten, in dem die Untergebrachten zu existieren hatten. Die Stadt San Francisco stellt für 20.000 Dollar das Stück neue Abfallkörbe auf die Straßen, während die Obdachlosen in Skid Row zwischen ihren Exkrementen leben müssen und an Typhus verenden.

Zu unserem Glück wie zu unserem Elend stehen wir an einer Zeitenwende. Zum Glück, weil wir nach China blicken können – ein Blick in die Zukunft, in jeder Hinsicht – und wahrnehmen können, dass die Menschheit wie die Menschlichkeit noch vorhanden sind, dass diese nüchterne Verlässlichkeit, die wir von einer guten Ordnung erwarten, immer noch bis in den Himmel trägt und zugleich im letzten Winkel die Armut beendet.

Zum Glück, weil die großen Räuber, voran die Vereinigten Staaten, gleich hinterher aber dieses Großdeutschland, an ihre Grenzen stoßen, ihre Pläne scheitern. Sie zusehen müssen, wie sich mit Lateinamerika und Afrika ganze Kontinente langsam, nicht ohne Rückschläge, aber unaufhaltsam aus ihrem Zugriff befreien. Zum Glück, weil dieser Gegenpol, der sich um China und Russland gebildet hat, militärisch stark genug ist, keine Zugeständnisse machen zu müssen.

Zum Glück, weil wir, wenn auch aus der Ferne, bestätigt sehen können, dass der Weg in die Zukunft der Menschheit, den Marx und Engels zuerst skizziert haben, weiter begangen wird und die Hoffnung, dass die Menschen ohne die Zwänge der Klassengesellschaft miteinander für ihr eigenes Wohl wirken können, lebt.

Und zu unserem Elend, weil es bis zu dem Moment, an dem die hiesigen Mächte untergehen, keine Garantie gibt, dass sie nicht lieber die Menschheit mit sich reißen. Weil die Versuchung, sich in einen großen Krieg zu retten, nicht damit schwindet, dass man ihn wahrscheinlich verlieren würde. Weil Vernunft in diesen Kreisen, wie auch in den Kreisen der dienstbaren Politik, ein rares Gut ist. Weil der Wahn des endgültigen Sieges, den der Westen nach 1989 kultivierte, sich so tief ins Denken gefressen hat, dass eine veränderte Wirklichkeit schon fast nicht mehr durchdringt.

Zu unserem Elend, weil wir den Verfall sehen und nicht aufhalten können. Weil wir wissen, wie eine Zukunft zu erlangen ist, aber nicht durchdringen können. Weil rund um uns hysterische Debatten toben und die Menschen immer vielfältiger gegeneinander gerichtet werden. Was 2014 mit den Vorwürfen von „Querfront“ begann und noch genug Vernunft vortäuschen konnte, um viele zu verwirren, was dann 2015 mit dem Vorwurf des Rassismus gegen jeden, der Merks Migrationspolitik nicht bejubelte, fortgesetzt wurde, ist mittlerweile zu einer allgegenwärtigen Zensur gewachsen, die jede rationale Debatte verhindert und durch das Einfordern von Bekenntnissen zum jeweils aktuellen Katechismus ersetzt, und wer die neuen Gesetze in Frankreich mitverfolgt hat, mit Strafen von einem Jahr Gefängnis für Wirte, die die

Impfpässe ihrer Gäste nicht kontrollieren, und einem halben Jahr für das unerlaubte Aufsuchen einer Wirtschaft, erkennt, dass der Gruß vor diesem Gesslerhut mit allen Mitteln eingefordert wird.

Jeder Schritt dieser Entwicklung hat die wirkliche Gesellschaft und ihre realen Widersprüche weiter aus der Wahrnehmung gedrängt. Wir wissen, dass eine Veränderung, echte politische Bewegung, die sich der realen Probleme annimmt, erst dann möglich ist, wenn die harte, materielle Wirklichkeit wieder die Oberhand gewinnt. Das wird sie tun; das zeigte sich ein wenig mit der Flut, nach der auch erst das Lied vom Klimawandel angestimmt wurde, und dann doch das ganz konkrete Versagen sichtbar wurde.

So, wie auch sichtbar wurde, dass die Menschlichkeit immer noch da ist, selbst wenn der staatliche Apparat ihr abgeschworen hat. Und mitten in der Katastrophe noch die Dreistigkeit besaß, statt Nahrung und sauberem Wasser – einen Impfbus zu schicken und die Einhaltung von Abständen bei Aufräumarbeiten zu kontrollieren. Aber selbst unter Verleumdungen und von den Behörden behindert ließen sich Hunderte Menschen nicht abhalten, Hilfe zu leisten.

Die Wirklichkeit lässt sich nicht ewig verbergen. Nicht der Zustand dieses Landes noch der Zustand des ökonomischen Systems, und auch dass die Macht dieses imperialistischen Blocks im Schwinden begriffen ist. Selbst wenn wir heute in diesem Sumpf nur mit Mühe den Kopf über Wasser halten, wissen wir doch, wo festes Land ist. Wir werden dieses Wissen aufbewahren und weitergeben, und weder administrative Verbote noch Distanzgebote werden daran etwas ändern.

Denn wir wissen, so wie Brecht geschrieben hat:

**Die Ausbeuter nennen ihn ein Verbrechen.**

**Aber wir wissen:**

**Er ist das Ende der Verbrechen.**

**Er ist keine Tollheit, sondern**

**Das Ende der Tollheit.**

**Er ist nicht das Chaos**

**Sondern die Ordnung.**

**Er ist das Einfache**

**Das schwer zu machen ist.**



Dr. habil. Peter Kroh, Rede

## Lockdown für Profitgier

Liebe Gleichgesinnte, liebe Weggefährten, liebe Verbündete,

der Umgang der politisch Verantwortlichen in der BRD mit der Corona-Pandemie behindert und verhindert eine bessere Zukunft. Ich möchte dazu drei Thesen aufstellen und zu jeder ein paar Argumente für das Weiterdenken anführen.

### 1.These:

#### **Infolge der Corona-Pandemie gucken wir wie mit einer Lupe auf die Gesellschaft**

Die Pandemie greift tief in das Leben aller Menschen ein. Sie ist mehr als ein bloß virologisches Geschehen. Falsch ist die Ansicht, die Gesellschaft komme durch Corona in eine wirtschaftliche Katastrophe. Richtig ist hingegen: Corona macht sichtbar und bewusst, dass der umfassende Wachstums- und Renditezwang eine Katastrophe für die Gesellschaft ist. Durch die Art und Weise ihrer Bekämpfung ist die Pandemie in der BRD zu einem Gesellschaftsexperiment geworden. Dessen Ausgang ist offen. Das gegenwärtige System hat keine Zukunft. Früher oder später wird sich ein neues System entwickeln. Es kann möglicherweise polarisierender, hierarchischer, autoritärer sein als das jetzige. Es ist aber auch möglich, dass es demokratischer, solidarischer und relativ egalitär sein wird. **Wohin es gehen wird, das entscheidet sich in unserer Zeit.**

Momentan ist zu konstatieren: Alle Schwachpunkte des Kapitalismus sind in der Pandemie offenbar geworden.

Unbegrenzte Akkumulation; härtester Konkurrenzkampf: Verschwendung von Ressourcen; Gleichgültigkeit gegenüber der Not von Millionen Menschen; der alles regelnde „freie Markt“ – um nur ein paar Defekte aufzuzählen. Die Corona-Krise ist ein Problem der kapitalistischen Produktionsweise. Fortschreitende Zerstörung der Umwelt steigert z.B. das Risiko, dass Krankheiten von Tieren auf Menschen überspringen. Der Bedarf, vor allem der sog. westlichen Welt, nach Fleisch, Holz, Palmöl, Bodenschätzen fördert nicht nur globale Lieferketten, er sorgt auch für die Beseitigung natürlicher Lebensräume von Tieren. Die Corona-Pandemie ist die Folge einer Wirtschaftsweise, die auf menschlicher und ökologischer Ausbeutung beruht und einer Politik, die das ermöglicht bzw. durchsetzt.

Diese Politik hat schon vor der Corona-Pandemie das Gesundheitswesen in eine schlechte Verfassung gebracht, weswegen es nicht auf epidemische Tatsachen vorbereitet war. Ich erinnere nur knapp: Kürzungsmaßnahmen aller Art; Bettenabbau, Fokussierung auf profitable High-Tec-Medizin, Fallpauschalen, Abbau von Personal (auch in der Pflege!) – das waren nur einige der zerstörerischen Maßnahmen der sog. Gesundheitsreform.

Sie war gut für Eigentümer und Aktienbesitzer medizinischer Konzerne. Für Patienten und medizinisches Personal war sie schlecht. Der „Markt“ und seine „unsichtbare Hand“ haben im Gesundheitswesen das meiste zum allerschlechtesten „geregelt“. Das Corona-Virus tötet viele, weil neoliberale Politiker das Gesundheitssystem in den Konkurrenzkampf geschickt haben. Wer das Gesundheitssystem dem Markt überlässt, stellt sich ein Armutszeugnis aus. Der Satz: „Der

Markt wird's schon regeln“ heißt im Klartext: „Wir kriegen's politisch nicht hin.“

Nun streben die Herrschenden schon wieder nach Rückkehr zur Normalität vor Corona. Friedrich Merz möchte alle Sozialleistungen auf den Prüfstand stellen. Andere wollen „nur“ den Mindestlohn senken bzw. jetzt nicht erhöhen. Solche und ähnliche Ideen sind schärfstens zu kritisieren. Denn diese Normalität war und ist wesentlicher Teil der Ursachen der jetzigen Misere. Die Menschheitsgeschichte zeigt: Seuchen haben Menschen gezwungen, mit der Vergangenheit zu brechen und ihr gesellschaftliches Zusammenleben neu zu ordnen. Ist es jetzt nicht Zeit, „NEIN“ zu sagen? Zum Marktfundamentalismus, zur Allmacht der Konzerne, zum Abbau des Sozialstaates, zur größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich, zu schleichender Aushöhlung der Demokratie, zum Raubbau an der Umwelt, zu unfairem Handel mit der „Dritten“ Welt, zu geschichtsvergessener Militär- und Außenpolitik, zu Rechtsextremismus und Faschisierung...

Ich denke, jetzt, in der Corona-Pandemie und nach der jüngsten Bundestagswahl, ist es höchste Zeit zu schauen, was anders gemacht werden muss, damit es überhaupt besser werden kann. Darauf komme ich in der dritten These zurück.

## **2.These:**

### **Die politisch Verantwortlichen stochern im Nebel**

Im März 2020 meinte Frau Merkel, die Eindämmung des Corona-Virus sei die größte Herausforderung seit dem 2.Weltkrieg. Die seitdem getroffenen Entscheidungen zeigen allerdings, dass die Regierenden dieser Herausforderung nicht gewachsen sind.

Erst wurde bezweifelt, dass sich ein Virus von asiatischen auf europäische Menschen übertragen könne. Dann wurde bezweifelt, dass sich Anti-Virus-Maßnahmen asiatischer Staaten auf Europa übertragen lassen. Die Mund-Nasen-Bedeckung war erst (als nicht genügend da waren) nicht hilfreich und dann jedoch dringend erforderlich. Dann wurde in bewährter Manipulation irreführend der notwendige Abstand zwischen Menschen als „**soziale** Distanz“ bezeichnet. Es geht jedoch um „**physische** Distanz“. Soziale Distanz habe ich zum Beispiel zu Herrn Höcke, selbst wenn ich ihm einmal physisch nahekommen sollte, was aber nicht zu befürchten ist. Weil kein Impfstoff vorhanden war, sollte ein Lockdown die Überlastung des Gesundheitswesens vermeiden. Die einen dachten über einen Zeitraum von drei Wochen nach, die anderen über drei Monate und begründeten so in den letzten 18 Monaten das Stolpern von einem Lockdown in den nächsten. Hin und wieder änderte man die zugrunde gelegten Inzidenzwerte. Trotzdem führte man die alten Methoden weiter. Das erinnerte mich an den Werbespruch: „Raider heißt jetzt Twix – aber sonst ändert sich nix!“ Es gab und gibt Willkür bei der Schließung und Öffnung von Schulen, Kitas, nächtliche Ausgangssperren und lange Zeit keine klaren Festlegungen für Tests. Kürzlich meldete das RKI, man könne nichts Genaues über die erreichte Impfquote sagen. Damit aber wird jede Begründung für staatliche Maßnahmen höchst fragwürdig. Auf der Basis ungenauer oder gar falscher Daten Gesundheitspolitik machen – das ist skandalöse Willkür.

Im März 2021, nach mehr als 12 Monaten Corona-Krise (!), verkündete Frau Merkel, eine „umfassende Teststrategie aufzubauen“. Sie bewies damit überdeutlich das Versagen

der Regierung. Das zeigt sich darüber hinaus im kleinkarierten, parteipolitischen Beharren sturköpfiger Ministerpräsidenten auf dem Föderalismus, in der kaputtgesparten Infrastruktur, im Digitalisierungs-Debakel z.B. in den Gesundheitsämtern, beim schlafmützigen Impftempo, im Warn-App-Desaster, in der Pflegekatastrophe, bei der durch Bürokratie verzögerten „Hilfe“ für Selbständige. Die **wirtschaftlichen** Kollateralschäden waren zum Teil im Blick. Die **gesellschaftlichen** Zerrüttungen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, aber kamen kaum in den Fokus der Regierenden. Etliche Maßnahmen haben ziemlich oft kontraproduktive Wirkungen entfaltet und dadurch viel unnötiges Leid verursacht.

ABER: Einige der zentralen Maßnahmen (Masken, Impfen, Testen) haben sich als wahre Goldgruben für nur sehr wenige Menschen erwiesen. Die Impfstoffherstellung wurde über die **staatlich** finanzierte Grundlagenforschung vorangetrieben und mit hunderten von Millionen Euro unserer Steuergelder gefördert.

Die Besitzer der Firma Pfizer/Biontech aber rechnen 2021 mit Gewinnen von 33,5 Milliarden Dollar. Andere haben sich unter Nutzung des Renommees eines Bundestagsabgeordneten an Verträgen bereichert, z.T. sogar mit kriminellen Methoden. Dank staatlicher Wirtschaftshilfe ist in der Pandemie die Zahl der Millionäre weltweit gewachsen. In Deutschland von 2 Millionen 319 Tausend im Jahre 2019 auf zwei Millionen 953 Tausend im Jahre 2020.

Im Verlauf der letzten 15 Monate wurde das Hick-Hack immer stärker und zunehmend „riecht“ es nach autoritären Zielen. Mit dem geltenden Polizeirecht und auf der Grundlage des Infektionsschutzgesetzes gab es weitreichende

Einschränkungen der Grundrechte sowie Bußgelder und andere Strafen. In Anlehnung an Brechts Frage: Was ist ein Banküberfall gegen die Gründung einer Bank, möchte ich fragen: Was ist die Nichteinhaltung des Mindestabstands gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens?

Viele Grundrechtseingriffe (Schließung von Kultur- und Sporteinrichtungen, Ausgangssperren, Versammlungsverbote, Verweilverbote im Freien u. ä.) lassen sich nur schwer bis gar nicht medizinisch, sondern eher politisch begründen.

Zusammenfassend muss man feststellen: Die Corona-Krise führt in der Politik bis jetzt nicht zu Kritik am System, sondern nur zu dem Versuch, es aufrecht zu erhalten. Derzeit deutet nichts auf einen tiefgreifenden Lernprozess bei führenden Politikerinnen und Politikern hin. Zu viele haben wenig bis nichts von wesentlichen Zusammenhängen, z.B. von Gesetzen in Natur und Ökonomie begriffen. Es gibt bei einigen führenden Politikerinnen und Politikern wenig gesellschaftspolitische Fachkompetenz. Manchmal ist man eher geneigt, von Größenwahn und Machtmissbrauch zu sprechen.

Ein Beispiel: Im März 2020, kurz vor dem schon geplanten „Lockdown“ hat die Bundesregierung die Ausgaben für „Verteidigung“ um **sechs Milliarden** Euro erhöht. Selbst in der Corona-Krise also sorgt sie sich um höhere NATO-Beiträge und neue (Atom-)Bombenflugzeuge. Das heißt zum einen: Sie will militärische Stärke statt politische Entspannung und Friedenssicherung. Und zum anderen: Sie will mehr Geld in die Aufrüstung statt in bessere gesundheitliche Prävention für künftige Pandemien stecken. **Es ist ein neuer Beleg für eine alte Regel: Was politisch gewollt ist, dafür ist immer auch genügend Geld da. Und umgekehrt: Wofür nicht**

genügend Geld bereitgestellt wird, das ist politisch auch nicht ernsthaft gewollt.

### 3. These

**Für zukunftsfähige Antworten sind die richtigen Fragen erst noch zu stellen.**

Die meisten Politikerinnen und Politiker sehen die Ursache der Corona-Pandemie entweder nur beim Virus oder als eine Lüge von Verschwörungsideologen. Beides ist grundfalsch!

Die entscheidende Ursache: Es wird hastig und kontrovers über alle möglichen Therapien gestritten und entschieden. Fahrlässig oder vorsätzlich wird dabei auf eine gründliche **Diagnose** verzichtet und stattdessen an Symptomen „herumgedoktert“. Für eine wirksame, an den Ursachen ansetzende Bekämpfung der Pandemie braucht es offensichtlich mehr Vorstellungskraft als bei den jetzigen politischen Eliten vorhanden ist. Denn: Mit der Pandemie sind Zustände eingetreten, die lange Zeit als unvorstellbar galten. Mit der Corona-Pandemie hat uns „Mutter Natur“ eine Nachricht geschickt. Werden wir „Kinder“ sie verstehen? Werden wir daraus lernen und also das bisherige Denken und Tun durchgängig und grundsätzlich überprüfen? Werden wir unsere Vorstellungen über ein menschenwürdiges Zusammenleben erweitern?

Zur Lösung der Corona-Krise genügt nicht nur eine allgemeine Wachstumskritik. Der Weg führt weg vom Wachstum und hin zum Kreislauf. Dafür aber müssen Strukturen im wirtschaftlichen Geschehen, in der Wertschöpfung, im Konsum neu geordnet werden.

Allgemein gilt, eine Therapie darf nicht schädlicher sein als die Krankheit. Überträgt man diesen Grundsatz auf die

Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, wird das Fehlen einer soliden Diagnose noch deutlicher. Die nicht immer gleich sichtbaren sozialen, ökonomischen, ökologischen, psychischen Schäden infolge der Pandemie sind langfristig größer als die medizinisch-biologischen Schäden durch das Corona-Virus selbst.

Es sind die vielfältigen ökonomischen, sozialen, biologischen, politischen Verheerungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die die Pandemie auslösen und verbreiten. Für eine bessere Zukunft sind zum einen die ökonomischen und politischen Ursachen der umfassend zerstörerischen Kluft zwischen Reichen und Armen, in den Ländern und zwischen ihnen zu überdenken. Dazu möchte ich - vielleicht als Denkankstoß für manche linken Führungskräfte - eine bekannte Persönlichkeit zitieren: „Marx hat mit eingehender Genauigkeit [...] die Situation seiner Zeit beschrieben und mit großem analytischem Vermögen die Wege zur Revolution dargestellt[...] Seine Verheißung hat mit der Klarheit der Analysen und der eindeutigen Angabe der Instrumente für die radikale Veränderung fasziniert und tut es noch immer wieder.“ Das schrieb Papst Benedikt XVI in der Enzyklika „Spe salvi (Gerettet durch die Hoffnung) vom 30.11.2007, Punkt 20.

Zu überdenken ist andererseits, was Fachleute „Zoonose“ nennen. Zu diesen Krankheiten, die bei Tieren und Menschen vorkommen, zählen zwei Drittel aller Infektionen (Pest, Pocken, Grippe, AIDS, SARS und auch Covid-19.) Zoonosen kommen zustande, weil der Mensch die Relation zwischen Tier- und Menschenwelt zerstört. Zum Beispiel, weil für den Anbau von Futtersoja Regenwälder abgebrannt werden. Damit wird vielen Tieren Lebensraum geraubt. Die suchen sich dann



Nahrung in der Nähe menschlicher Siedlungen, werden gefangen und z.T. auf Märkten verkauft.

Das heißt allgemein: Die kapitalistische Produktionsweise zerstört die Natur und diese wirkt dann in Gestalt von physischen Gesetzen (z.B. Pandemien, aber auch Extremwetter aller Art) auf sie zurück. Daraus folgt: Die Corona-Pandemie wird sich nicht beenden lassen, solange es nicht um grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen geht. Artenschutz und Sicherung des ökologischen Gleichgewichts ist Schutz vor Pandemien. Dafür erforderlich ist eine andere Art des Wirtschaftens ebenso wie andere politische Ziele von Parteien, Regierungen, Staaten.

**Die Priorisierung der Wirtschaft ist der grundsätzliche Fehler.** Falsch ist nicht, **dass** die Politik in die Wirtschaft eingreift. Entscheidend ist, mit welchen Zielen sie das tut. Nicht Hedge-Fonds, höchste Rendite, exorbitante Gewinne und Steuerschlupflöcher müssen geduldet oder auch gefördert werden, sondern Menschenwürde und Nachhaltigkeit müssen Ziele und Kriterien politischer Entscheidungen für die Wirtschaft sein. Ich fasse beide Ziele im Wort „**Enkeltauglichkeit**“ zusammen. Das bedeutet, Politik muss aufhören in Legislaturperioden oder in Koalitionsarithmetik zu denken und anfangen, langfristig und generationsübergreifend zu entscheiden.

Einige der wichtigsten Grundfragen zur Gestaltung einer enkeltauglichen Zukunft nach der Corona-Pandemie lauten meines Erachtens: Muss es überhaupt ein profitorientiertes Gesundheitssystem geben? Dürfen Wälder, Böden, Wasser als Waren gehandelt werden, wenn wir die Umwelt schützen wollen? Brauchen wir überall und immer ein Wachstum, damit Menschen würdig leben können? Ist die Privatisierung

von Wohnraum ein sinnvolles Mittel, damit alle Menschen wohnen können? Sind Kriege wirklich ein Mittel zur Lösung von Konflikten? Müssen wir tatenlos zusehen, wie gigantische (Internet-)Konzerne auf gigantischen Reichtum keine Steuern zahlen und zugleich Millionen Menschen weltweit hungern?

Die Corona-Pandemie kann aufgrund der inneren Logik des Kapitalismus nicht vollständig überwunden werden, ohne den Kapitalismus selbst zu überwinden. Das klingt nach **Utopie**, ist aber die einzig realistische Antwort. Irrational oder verträumt sind jene, die ein „Weiter so“ propagieren. Ein gemächlicher Umbau wird nicht genügen. Drastische Maßnahmen sind notwendig. Dabei sollten wir uns mit einer Utopie nicht so schwertun. Wir müssen einfach sagen, die Zustände sind schlecht und fragen, wie können wir sie ändern? Utopien sind keine Spinnereien, denn sie entspringen der sachlich begründeten Kritik an Unzulänglichkeiten, Hemmnissen, Gefahren und weisen in jedem Fall über sie hinaus. Sie verneinen grundsätzlich deren Erhaltung und Reproduktion und eröffnen so neue Blicke auf die schrittweise Schaffung einer besseren Zukunft.

Vor allem Konservative leugnen die Utopie Sie verstehen sie als Synonym für Unmögliches. Nur wer meint, die Gesellschaft sei im Kern gesund und intakt, braucht keine Utopien. Mit der Corona-Pandemie sind wir an einem aktuellen Kreuzpunkt sozialer und ökologischer Fragen angelangt, bei dessen Lösung uns eine begründete Utopie hilfreich sein kann. Das Corona-Virus muss unsere Phantasie in Bewegung setzen und helfen, grundsätzliche Fragen zu stellen. Wer sich nachhaltig dafür einsetzt, dass das Corona-Virus dauerhaft besiegt

werden kann, der sollte das die Gesellschaft dominierende System der Profitmaximierung kritisieren und ein System der Vernunftmaximierung forcieren. Ohne Utopie wird es keine Lösung der Pandemie geben, sondern nur ein mehr oder weniger wirksames Fortsetzen der Symbolpolitik.

Die Pandemie-Krise führt - wie jede Krise - nicht automatisch zum Besseren. Sie ist vielmehr eine offene Entscheidungssituationen. In ihr müssen Menschen Ziele setzen. Es geht ums Beginnen, nicht ums Abwarten. Warnungen, Belege, Beweise und Geld sind genug da. Es fehlt der politische Wille. Veränderungen dürfen nicht als lange Liste von Verlusten und Zusammenbrüchen bedacht oder gar gefürchtet werden. Sie sind vielmehr eine Chance, das eigene individuelle Leben ebenso grundsätzlich zu prüfen wie das gesellschaftliche Zusammenleben. **Denn soziale Verhältnisse sind geronnenes individuelles Verhalten.**

Eine tiefgreifende Debatte darüber, wie wir eine enkeltaugliche Ordnung schaffen können, ist von den dominierenden politischen Parteien eher kaum zu erwarten. Eine außerparlamentarische Bewegung muss sie wohl erzwingen.

Eine enkeltaugliche Pandemiebekämpfung wird nur mit kollektiver Planung erfolgreich sein. Wir brauchen ein Konzept, das nicht auf ständiges, allumfassendes Wachstum zielt, sondern auf einer gemeinsamen Vorstellung vom menschenwürdigen Leben für alle beruht. Dafür müssen Parameter geändert werden: z.B. statt schrankenlosem Wachstum qualitative Besserung des Vorhandenen; statt betriebswirtschaftlicher Effizienz ökologische und soziale Achtsamkeit. Anfangen könnten wir damit, laut und deutlich zu fordern: Kliniken, Arztpraxen dürfen nicht auf Profit ausgerichtet sein, sondern

auf Daseinsvorsorge. Ein Krankenhaus ist kein Aktienkonzern, das Gesundheitswesen ist nicht am Profit, sondern an der Fürsorge orientiert. Ein Arzt soll Krankheiten vorbeugen, erkennen, behandeln und kein Kaufmann sein.

Wir können uns mit solchen Forderungen auf Art. 22 und 25 der UN-Erklärung stützen, in denen Recht auf ein wirksames Gesundheitswesen als Menschenrecht definiert wird. Nur neoliberale Nutznießer des Kapitalismus behaupten, kostenlose Gesundheitsversorgung für alle ohne Bindung an Einkommen oder Leistung; ausreichende Besetzung der Personalstellen im Gesundheitswesen, auskömmliche Ausstattung des Sozialstaates **seien Kosten und Lasten.** Für uns hingegen sind das wertvolle Güter und Dienstleistungen, die für eine enkeltaugliche Gesellschaft außerhalb der Marktgesetze reguliert und aus den Fesseln einer gewinnorientierten Gesundheitswirtschaft befreit werden müssen.

Meine Forderung an die LINKE: Organisiert einen entsprechenden Volksentscheid. **Eine bessere Zukunft erfordert einen Lockdown für Profitgier.**

**Bearbeitungsschluss: 22.8.2021**

Rainer Rupp, Rede

## **Gedanken zur aktuellen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Lage**

„Panta rhei“, das wussten schon die alten Griechen. Als gelernte DDR-Bürger, liebe Genossinnen und Genossen, wisst Ihr, was das bedeutet. Für die Jüngeren unter uns, die das nicht mehr in der Schule gelernt haben, oder womöglich wie ich in der bildungsarmen BRD aufgewachsenen sind, folgt hier die Übersetzung. Panta rhei heißt wörtlich: „Alles fließt“, alles ist unaufhörlich in Bewegung. Die Welt steht nicht still. Dinge, Wesen und Zustände entstehen und vergehen unablässig. „Panta rhei“ ist ein Grundpfeiler der marxistischen Erkenntnistheorie und Bertolt Brecht hat das Thema wunderbar in seinem Lied von der Moldau verarbeitet: „Am Grunde der Moldau da rollen die Steine, ... Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine. ... Es wechseln die Zeiten, da hilft kein Gewalt“.

Die meisten gesellschaftlichen Veränderungen bahnen sich über viele Jahre, oft über Jahrzehnte an, in unmerklichen Schritten, bis schließlich ein Zustand erreicht ist, wo ein einziger, zusätzlicher Tropfen das Fass zum Überlaufen bringt und die Quantität der vielen Tropfen zu einer neuen Qualität führt und die bestehenden Verhältnisse nachhaltig verändert.

Nach meinen Beobachtungen und Einschätzungen leben wir aktuell in einer Phase, in der eine Reihe von „Fässern“ der westlichen, selbst-ernannten, „Wertegemeinschaft“ bereits am Überlaufen sind oder kurz davorstehen.

Ob in den USA oder in den Ländern der EU, überall nähert sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung gefährlich der Überlaufmarkierung. Die Gründe dafür liegen in einer Reihe von schweren gesellschaftlichen, sozialen, finanzwirtschaftlichen und politischen Deformationen. Diese sind fast alle auf die herrschende Markt-Ideologie des Neoliberalismus zurückzuführen, die inzwischen totalitär alle Lebensbereiche dominiert: von der Wirtschaft über die Bereiche Soziales, Bildung und Gesundheit bis hin zu Kultur und Sport.

Unsere westlichen Wirtschaften sind vollständig „durchfinanzialisiert“, um auf Kosten der kleinen Leute für die Konzerne und Rentiers eine Maximierung des Profits zu erzielen.

Der massenhafte Verkauf von öffentlichem Wohneigentum an private Konzerne, die anschließend die Mieter abzocken und wobei der Staat angeblich „hilflos“ zuschauen muss, ist nur eins von vielen Beispielen, die dieses durch und durch kaputte System charakterisieren.

Die Definition des Neoliberalismus ist mit Absicht derart komplex, dass sie ein Laie nicht versteht. Auf den Punkt gebracht bedeutet Neoliberalismus eine besonders brutale Form des ungezügelten Kapitalismus, in dem jeder und alles seinen Preis, und nichts mehr einen Wert hat. So werden selbst profitable Unternehmen von Finanzakrobaten übernommen, um sie direkt im Anschluss zu zerschlagen. Vorher werden natürlich die Patente und Immobilien der Firma zusammen mit den übrigen Restwerten versilbert. Denn mit dem so erzielten Verkaufserlös der Firma kann dann an der Börse geockt und in der Regel weitaus bequemer viel höhere Gewinne erzielt werden als in der realen Produktion, in der man sich auch noch mit lästigen Arbeitern und Angestellten herum-

quälen muss. Was aus den arbeitslos gewordenen Arbeitern anschließend wird, kümmert die Herren „Investoren“ nicht. Allerdings ist dieses neo-liberale Wirtschaftssystem inzwischen so kaputt, dass es von den USA, über Europa bis Japan nur noch durch immer höhere Finanzspritzen der Zentralbanken vor dem Kollaps bewahrt wird. Denn nach der großen Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise von 2008 – 2011 hat sich die westliche Politik nicht imstande gezeigt, die grundlegenden Ursachen der Krise zu korrigieren, geschweige denn zu beseitigen.

Hier möchte ich an Tucholskys Spruch erinnern: »Sie dachten, sie seien an der Macht, dabei stellten sie nur die Regierung.« Aber für wen stellen unsere selbst ernannten Eliten sie heute die Regierung?

Heute sind es schon lange nicht mehr die Bosse der Stahl- oder Pharmakonzerne, die hinter den Kulissen die eigentliche politische Macht in den Händen halten, es sind auch nicht die Vorstände der Digital-Unternehmen und Sozial-Medien. Vielmehr sind es die Bosse und Anteilseigner der Finanzkonzerne, denn die haben überall, in jedem anderen Konzern ihre Finger und bestimmen dort maßgeblich die Marschrichtung nicht nur der Unternehmenspolitik, sondern auch der Politik unseres Landes.

Erschwerend für die Situation unseres Landes kommt hinzu, dass das deutsche, aber auch das ganze europäische Banken- und Finanzsystem existentiell vom Wohlwollen der USA und deren Zentralbank abhängt. Da also die Banken von allen Industriebranchen den größten Einfluss auf die nationale Politik haben, die Banken selbst aber an der Nabelschnur der USA hängen, **erklärt sich von selbst**, warum **eine unabhängige**,

**deutsche oder europäische Außenpolitik** im herrschenden System **schlicht unmöglich** ist, **wenn sie nicht den Interessen Washingtons entspricht.**

Das erklärt ebenfalls, warum die Politik in Berlin so gut wie jeden anti-russischen Wink aus Washington befolgt, auch wenn z.B. durch Wirtschaftssanktionen die Existenz vieler unserer nach Russland exportierenden Firmen und davon abhängigen Arbeitsplätze gefährdet werden. Das sind in unserem herrschenden, ganz auf die USA abgerichteten Geld- und Finanzsystem zu vernachlässigenden Größen.

Berlin und die anderen Europäer **werden weiter Vasallen Washingtons bleiben**, solange die Banken so viel politische Macht haben, die nur durch eine Verstaatlichung gebrochen werden könnte.

Die Macht der Finanzkonzerne auf die Politik erklärt auch, warum die laschen und teils ganz fehlenden Finanzkontrollen und Vorschriften, die zur schweren Krise von 2008 geführt hatten, seither nicht korrigiert worden sind. Folglich haben sich in den letzten zehn Jahren immer größere Probleme angehäuft, die einen vervielfacht schlimmeren Zusammenbruch des westlichen Wirtschafts- und Finanzsystems unumgänglich machen. Um diesen Moment des Einsturzes des immer höheren Kartenhauses zu verhindern, haben die Zentralbanken, vor allem die US-Fed von Jahr zu Jahr das Finanzsystem mit größeren Summen frisch gedruckten Geldes überschwemmt.

Zuletzt hat Anfang 2020 die Entdeckung der „Corona-Pandemie“ der Politik neue Spielräume eröffnet und ihr erlaubt, den Tag der Abrechnung weiter nach hinten zu verschieben. So konnte auch in Deutschland die Regierung den



nimmersatten Konzernen und Geldhäusern noch größere Geldsummen zu Nullzinsen, oder sogar zu Negativzinsen in den Rachen schmeißen, ohne sich dafür groß rechtfertigen zu müssen.

So kommt das wundersame Ergebnis zustande, dass die Reichen und Superreichen ausgerechnet während der angeblichen „Pandemie“ noch sehr viel reicher geworden sind, während zugleich der gesellschaftlichen Mittelschicht der Boden unter den Füßen weggezogen wurde und die Armen noch ärmer geworden sind.

Andererseits ist nur ein Bruchteil der zu einer kolossalen Blase aufgeblähten Geldvermögen in den Händen der Reichen in reale Werte wie Immobilien, Wertpapiere, Edelmetalle und Kunstwerke investiert. Der Rest des Geldes ist heiße Luft, die verzweifelt nach lukrativen Anlagemöglichkeiten sucht, weshalb trotz allgemein herrschender Krisenstimmung z.B. an den Aktienbörsen seit Jahren ein Rekordhöchststand auf den nächsten folgt. Zugleich wird immer mehr „heiße Luft“ benötigt, um das System weiter zu tragen. Aktuell wird z.B. das US-Finanzsystem von der US-Zentralbank immer noch mit monatlich 120 Milliarden Dollar Finanzspritzen zu quasi Null-Zinsen über Wasser gehalten.

So werden die Krücken, auf denen das System ruht, immer höher und wackliger und ein unvorhergesehener Schock kann alles zum Einsturz bringen. Auch die westlichen Eliten in Wirtschaft und Politik wissen, dass das unausweichlich in einer Katastrophe enden wird. Auf dem US-Finanzportal „ZeroHedge“ beschrieb vor einem Jahr ein Insider der Finanzindustrie selbstkritisch die Lage.

Demnach wissen alle Hedgefonds-Manager, dass sie auf dem Musikdeck der Titanic tanzen. Sie kennen das Schicksal des Schiffes. Aber solange die Musik spielt, machen sie großes Geld. Das müssen sie machen, denn wenn sie Vorsicht walten lassen und abseitsstehen, machen nur die anderen die großen Gewinne und sie selbst werden vom System bestraft. Da jedoch alle die wachsende Gefahr kennen, versucht jeder möglichst nahe am Ausgang zu tanzen, um beim geringsten Zeichen des Zusammenstoßes mit dem Eisberg als Erster in einem Rettungsboot zu sitzen.

In unserer neoliberal dominierten Gesellschaft, in der soziale Verantwortung ein Fremdwort geworden ist, herrscht aktuell stärker denn je eine „nach-mir-die-Sintflut-Mentalität“: solange ich meine Schäfchen im Trockenen habe, ist mir alles egal. Aber je länger das Ende, bzw. die Säuberung des Finanzsystems hinausgezögert wird, desto katastrophaler wird der Zusammenbruch sein.

Auch sollte jeder Politiker wissen, dass man den Wohlstand eines Landes nicht mit der Gelddruckmaschine herbeidrücken kann, auch wenn man das auf dem Papier mit angeblichen Wachstumszahlen den Leuten vorgaukeln kann. Das Gegenteil von Wohlstand ist die Folge dieser Politik. Konsequentermaßen versuchen daher die Finanz- und Politeliten den Tag der Abrechnung mit immer neuen Tricks und Täuschungsmanövern hinauszuschieben, z.B. aktuell mit dem angekündigten „Grünen Deal“, um von den eigentlichen Problemen unserer Gesellschaft abzulenken.

Derzeit ist nirgendwo eine politische oder gesellschaftliche Kraft in Sicht, die auch nur annähernd stark genug wäre, um den kommenden Zusammenbruch zu verhindern. Wie üblich

in solchen Fällen, wird das Gros der einfachen Leute am stärksten getroffen werden, während die selbsternannten Eliten bereits in Ihren „Rettungsbooten“, bzw. in ihren Privatflugzeugen auf dem Weg nach Neuseeland sitzen, wo in den letzten Jahren immer mehr Superreiche ihre palastartigen Festungen gebaut haben. Denn Neuseeland gilt im Fall von weltweiten, schweren sozialen Unruhen als der sicherste Ort. Zusammenfassend wäre zu diesem Kapitel zu sagen, dass sich die sozial- und finanzpolitischen Probleme stark zugespitzt haben und das Fass nicht mehr viele Tropfen braucht, um überzulaufen.

In der Geo-Politik ist dagegen das neo-liberale Fass der US-geführten, „regel-basierten internationalen Ordnung“ unter dem Eindruck der Ereignisse in Afghanistan bereits übergelaufen, mit absehbaren Folgen für das US-geführte Imperium. Dabei geht es weniger um die Tatsache, dass Kabul gefallen ist. Das war zu erwarten. Es geht auch nicht darum, wie schnell Kabul gefallen ist. Auch dafür hatte es hinreichend ernste Warnungen gegeben, die jedoch ignoriert wurden. Es geht vielmehr darum, unter welchen erbärmlichen Umständen die einzige Supermacht und „unverzichtbare Nation“ USA zusammen mit ihren großspurigen NATO-Vasallen in einer chaotisch organisierten Flucht und mit der Nase im Dreck, die afghanische Hauptstadt verlassen haben, unter schäbiger Zurücklassung von Hunderten von eigenen Bürgern und Tausenden von treuen Ortskräften.

Es war die Art und Weise, wie die USA und ihre NATO-Verbündeten Afghanistan verlassen haben, die den Glitzervorhang der westlichen Wertegemeinschaft weggeblasen hat und der ganzen Welt den Blick auf die eiternde Fäulnis der

darunter liegenden „regelbasierten, internationalen Ordnung“ freigegeben hat. Ein kurzer Rückblick ins Jahr 1989 macht dies deutlich.

1989 war das Jahr, in dem die Sowjetunion ihren Rückzug aus Afghanistan beendet hatte. Damals lag die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bereits im Sterben. Dennoch gelang es ihr immer noch, den Rückzug auf geordnete Weise zu vollenden. Zuletzt überquerte eine symbolische, lange Kolonne russischer Schützenpanzer die Brücke von Afghanistan nach Usbekistan. Generaloberst Gromow, der russische Oberkommandeur der Militärexpedition, verließ als Allerletzten mit seinem Schützenpanzer Afghanistan und verkündete dann den versammelten Journalisten, dass kein einziger russischer Soldat zurückgeblieben ist.

Auch ohne russisches Militär und trotz US-Hilfe für ihre Gegner hielt sich die kommunistische Nadschibullah-Regierung in Kabul noch 3 Jahre und überdauerte sogar, wenn auch nicht lange die Auflösung der Sowjetunion.

Zurück in die Gegenwart.

Tatsächlich ist der Prestige- und Vertrauensverlust, den die USA und die NATO in den letzten Tagen wegen des Debakels in Kabul zu verzeichnen haben, enorm. Noch schlimmer fällt das desaströse Management des Abzugs und die zu Tage getretene Inkompetenz der militärischen und politischen Führungskräfte der NATO-Länder in die Waagschale, angefangen von Außenminister Heiko Maas und Verteidigungsministerin AKK über Premierminister Boris Johnson bis hin zu US-Präsident Biden und seine Minister Antony Blinken (Außenpolitik) und Lloyd Austin (Verteidigung).

Besonders blamabel ist: während sich die Tragödie in Kabul bereits abzeichnete, hatten sich Pentagon-Chef Lloyd Austin und sein höchster Offizier, der Chef der Vereinigten Stabschefs der vier US-Waffengattungen, General Jack Milley, anderen Problemen zugewandt. Ihre ganze Aufmerksamkeit galt der Unterstützung der auch im US-Militär stark polarisierenden, so genannten „Woke-Diskussion“. Dabei geht es um neue Regeln und Verhaltensvorschriften für Soldaten der US-Streitkräfte, die sich selbst als „LGBTQIA+ Menschen“ zu erkennen geben. LGBTQIA sind die englischen Anfangsbuchstaben für Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Trans\*, Queer, Inter\* und Asexuell. Das Plus-Zeichen am Ende steht für die etwa vier dutzend angeblicher Gender, die z.B. vor etwa einem Jahr von der grünen Tageszeitung TAZ identifiziert und aufgelistet worden waren.

Die Biden-Regierung und die Spitzen des Pentagon stehen unter starkem Druck der eigenen Demokratischen Partei, mit neuen Gesetzen zu garantieren, dass die unter dem Begriff LGBTQIA+ zusammengefassten, sexuellen Minderheiten nicht vom Militärberuf ausgeschlossen werden und in allen Angelegenheiten gleichberechtigt sind. Dazu gehören auch banale, aber teure Forderungen wie z.B. die der Transsexuellen nach eigenen Toiletten in den militärischen Einrichtungen, was eine heftige Kontroverse nicht nur im US-Militär, sondern auch in der US-Bevölkerung ausgelöst hat. Die LGBTQIA+ Debatte, die das zivile Amerika bereits auseinanderdividiert hat, entfaltet nun seine zersetzende Kraft auch im US-Militär.

Bei einer solchen Prioritätensetzung der militärischen und politischen Führung in Washington, und dem zeitgleichen

Offenbarungseid der einstigen Supermacht in Afghanistan, ist es kein Wunder, dass man sich jetzt nicht nur in internationalen Medien die Frage stellt wie diese:

[„Was bedeutet Afghanistan für die US-Verbündeten in Ostasien?“\(1i\)](#). Die Japan Times gab darauf die Antwort(2): „Das globale Schlachtfeld hat sich verschoben und die Demokratien der Welt sollten und können sich nicht mehr darauf verlassen, dass Amerika ihre Sicherheit garantiert“. Das gilt offensichtlich auch mit Blick gen Osteuropa, speziell für die Ukraine. Das macht z.B. der Titel eines Artikels auf der Seite des internationalen Finanzportals „Zero Hedge“ deutlich, wo es hieß: „Wird die Ukraine nach dem Rückzug der USA aus Afghanistan vor dem gleichen Problem stehen?“ (3)

Seit alters her heißt es: „Vertrauen aufzubauen dauert Jahre. Aber in Minuten kann das Vertrauen verloren gehen.“

Nach dem weltweit sichtbaren US-Desaster in Afghanistan ist vor allem im Kreis der US-Vasallen und Verbündeten das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der US-Sicherheitsgarantieren verloren gegangen. Unter den politischen und militärischen Eliten dieser Länder werden mit der Zeit die Zweifel in die Verlässlichkeit Washingtons weiterwachsen. Zwecks Erhalts ihrer Machtpositionen in ihren eigenen Ländern werden sie sich mit dem Aufbau guter Beziehungen zu China und Russland absichern, so wie man das seit einigen Jahren bei dem treuen US-Verbündeten Saudi-Arabien beobachten kann.

Diese Entwicklung wird durch eine Reihe von Faktoren zusätzlich verstärkt, die in Richtung eines weiteren Niedergangs der wirtschaftlichen, militärischen und somit politischen Macht der USA weisen:

- **Die zunehmende**, immer unerbittlicher werdende **Polarisierung der US-Bevölkerung** und auch der politischen Kaste entlang ethnischer, sozialer, identitärer und politischer Trennlinien deutet in Richtung wachsender Instabilität, sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik.
- Ähnlich **wie nach dem desaströsen Abzug aus Vietnam** im April 1975 **wird es** den Falken in Washington **schwerfallen**, das amerikanische Volk **für neue Kriegsabenteuer zu begeistern**. Nach dem Fall von Saigon hat es 15 Jahre gedauert, bevor die Kriegstreiber in Washington im Jahr 1990 wieder einen größeren Krieg führen konnten, damals gegen Irak.
- Zugleich **besteht für Washington die Gefahr**, dass sich auch seine Verbündeten in **Europa zunehmend dem aufstrebendem, von China und Russland geschützten, euro-asiatischen Wirtschaftsraum zuwenden**. Eine solche Umorientierung liegt nahe, angesichts der eingangs bereits besprochenen wirtschaftlichen und sozialen Probleme des dahinsiechenden, neoliberalen Systems des Westens.
- Und zu guter Letzt wird bei allen US-Vasallen und Verbündete die **Erkenntnis immer stärker** einsickern, dass trotz des gigantischen US-Militärapparats die **Vereinigten Staaten** gegenüber Russland **ihre militärische Überlegenheit bereits verloren haben** und dabei sind, diese auch gegenüber China zu verlieren.

In allen offiziellen US-Simulationen eines nicht-nuklearen Krieges gegen Russland in Osteuropa haben in den letzten Jahren die Amerikaner selbst unter günstigsten Annahmen für die eigene Seite nach kurzer Zeit schon eine vernichtende Niederlage erlitten. Und das war noch bevor man den Paradigmenwechsel der aktuellen russischen Revolution in

militär-technischen Angelegenheiten in die US-Kriegssimulationen hätte einrechnen können.

Auf Grund bahnbrechender und atemberaubender technologischer Durchbrüche russischer Wissenschaftler und Forscher, haben die Streitkräfte der Russischen Föderation inzwischen eine ganze Bandbreite von einsatzbereiten, neuen Waffen in ihre Kampfformationen eingeführt. Diese Waffen, die sich in Bezug auf russische Taktik und Strategie ideal ergänzen, wurden in den letzten Jahren vielfach unter realen Bedingungen erfolgreich getestet. Weitere Waffensysteme stehen kurz vor der Vervollständigung.

Diese russischen Waffen bestehen z.B. aus einer ganzen Palette von Hyperschallraketen mit unterschiedlichen Techniken, von denen einige, wie die neue Interkontinentalrakete Avangard Geschwindigkeiten von 20 Tausend Stundenkilometer erreichen. Diese neuen Waffen sind einzigartig auf der Welt. Auch die USA haben nichts dergleichen und liegen um Generationen in der Entwicklung zurück. Gegen diese Waffen gibt es keine Verteidigung und es wird auch auf unabsehbare Zeit keine geben, denn diese Waffen sind nicht nur unglaublich schnell. Sie haben auch noch eine andere einzigartige Fähigkeit: sie bewegen sich nicht starr auf einer berechenbaren ballistischen Kurve. Vielmehr können sie blitzschnell die Höhe ändern oder seitlich ausweichen, was die gegnerische Raketenabwehr vor unlösbare Aufgaben stellt.

Zusätzlich sind Russlands neue Raketen extrem treffgenau und sie sind auch gegen elektronische Störmanöver gesichert. Eine Salve von Kinzhal-Raketen, die z.B. im Schwarzen Meer abgeschossen wird, könnte in wenigen Minuten im östlichen Mittelmeer eine ganze US-Flugzeugträger-Angriffs-



gruppe mit einem Dutzend großer Schiffe versenken. Das ist auch deshalb möglich, weil die Raketen in der Endphase miteinander kommunizieren und sich abstimmen, damit nicht alle Raketen dasselbe Schiff treffen, sondern möglichst viele Ziele zerstört werden.

Mit der Kalibr, eine andere, billige russische Rakete können sowohl See- als auch tief verbunkerte Landziele zerstört werden. Bei der Kalibr handelt es sich um einen Marschflugkörper mit einer Reichweite von 1500 km, der von U-Booten und sogar von kleinen Flussschiffen abgefeuert werden kann.

Über Feindesland fliegt die Kalibr-Rakete unter Radarhöhe mit Unterschallgeschwindigkeit, wobei sie dem Terrain folgt und ständig Kursänderungen vornimmt. In der Nähe ihres Ziels beschleunigt die Rakete auf mehrfache Überschallgeschwindigkeit, wobei sie - im Gegensatz zur üblichen linearen Flugbahn anderer Marschflugkörper - defensive Hochgeschwindigkeitsmanöver mit sehr großem Winkel durchführen kann. Mit anderen Worten, die Rakete ist mit keiner aktuell oder in absehbarer Zeit vorhandenen Technik abzuwehren.

Diese neue Art russischer Raketen haben die traditionell als gegeben angenommene US/NATO - Luftüberlegenheit irrelevant gemacht. **Denn damit sind die Kommando-, Kontroll- und Kommunikationszentren der US/NATO wie z.B. die US-Basis Ramstein in Rheinland-Pfalz oder das US-Atomwaffenlager am Flughafen Büchel in der Eifel völlig schutzlos.** Gleiches gilt für die NATO-Logistikzentren, Hafenanlagen und Brücken, über die der NATO-Nachschub gegen Russland laufen würde.

Auch die Schiffskonvois, die militärischen Nachschub aus den USA über den Atlantik bringen sollen, sind vor den neuen

russischen Raketen nicht zu verteidigen. Die speziell für den Schutz solcher Geleitzüge entwickelten 68 US-Zerstörer der Arleigh Burke Klasse sind durch die neuen russischen Hyper-schall-Raketen plötzlich veraltet. Zwar sind die Zerstörer mit hochmodernen Zielerfassungssystemen und Batterien von Anti-Raketen ausgerüstet, um ballistische Raketen oder tief und linear fliegende Anti-Schiff- Marschflugkörper abzuschießen, aber gegen die neuen russischen Raketen, die sich im Zick-Zack-Kurs und mit mehrfacher Schallgeschwindigkeit auf ihr Ziel stürzen, können sie nichts ausrichten.

Zugleich wird das Operationsfeld der US/NATO-Luftwaffen in Richtung Osten auf Grund der Indienstellung bahnbrechender Entwicklungen in der russischen Flugabwehrtechnik sowie modernster Abfangjäger extrem eingeeengt. Im Ernstfall müssten die arroganten US/NATO-Strategen ihren Irrglauben von der unangefochtenen eigenen Luftüberlegenheit schnell revidieren. Über Syrien z.B. haben die israelischen und US/NATO-Piloten größten Respekt vor dem alten russischen Flugabwehrsysteme vom Typ S300 und wagen sich nicht in dessen Feuerbereich. Inzwischen sind in Russland aber schon in großer Zahl S400-Flugabwehrsysteme in die Streitkräfte eingeführt worden. Das S400 System ist seinem Vorgänger S300 um einen technologischen Quantensprung überlegen.

Gleiches gilt für die S500, die derzeit getestet und evaluiert wird. All diese Verbesserungen werden ergänzt durch modernste Methoden der elektronischen Abwehr, die den Gegner auf dem Schlachtfeld elektronisch „blind“ machen. Im Ernstfall werden damit Russlands Grenzen und zu schützende, kritische Objekte für westliche Kampfpiloten zur Todeszone.

Mit dieser militärtechnischen Revolution, die inzwischen in die russische Militärdoktrin und operationelle Taktik eingegangen ist, ist es Russland gelungen, auf militärischem Gebiet das zu tun, was seinerzeit Walter Ulbricht im ökonomischen Bereich vergeblich gefordert hatte:

„Überholen, statt einzuholen“.

Den Weg dahin hatte der russische Verteidigungsminister Schoigu das vor einiger Zeit so beschrieben: „Wie brauchen keine Flugzeugträger, sondern etwas, mit dem man Flugzeugträger versenkt“(4).

Bedenkt man, dass Waffen wie Kinzhal und Kalibr, einen 13 Milliarden Dollar teuren US-Flugzeugträger der Nimitz-Klasse versenken können, die selbst aber nur einen winzigen Bruchteil davon kosten, dann kann man zurecht von einer militärtechnischen Revolution sprechen. Diese Raketen sind getestet und jederzeit einsatzbereit und bereits in ausreichender Zahl vorhanden. Im Fall der Kinzhal kann die Reichweite mit Hilfe des Überschall-Trägerflugzeuges MiG 31 bis tief in den Nordatlantik erweitert werden.

„Diese Rakete wird im Flug ausgeklinkt und steigt dann auf eine Höhe von 18 bis 20 Kilometern. Dabei soll sie zehnfache Überschallgeschwindigkeit erreichen und würde ihr Ziel binnen weniger Minuten treffen. Das überfordert die heutige Raketenabwehr aller Nato-Staaten“, sorgte sich jüngst die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (5).

Das wirft nicht nur die Kampfstrategien der US-Kriegsmarine vollkommen über den Haufen. In deren Zentrum hatten immer die Flugzeugträger-Angriffsgruppen als schwimmende Luftwaffenbasen gestanden. Jeder Träger der Nimitz-Klasse führt z.B. 80 Kampfflugzeuge mit, davon sind 52

Kampfbomber. Aber nun kann eine Salve von einem Dutzend billiger Kinzhal-Raketen mit einem Schlag alle großen Schiffe der Angriffsgruppe vernichten oder zumindest kampfunfähig machen.

Auch im US-Armee-Kommando Europa, ebenso wie bei den verbündeten NATO-Armeen hat man inzwischen begriffen, dass Präsident Wladimir Putins Warnung in seiner Rede vom 28. März 2018, nämlich Russland nicht weiter in die Enge zu treiben, sonst sei man gezwungen, revolutionär neue Waffensysteme in die Streitkräfte einzuführen, kein Bluff war.

Die neuen russischen Waffen haben auch eine Wirkung auf die Kampfstrategie der US-Armee, die ebenso wie ihre NATO-Verbündeten im Ernstfall immer davon ausgegangen waren, dass ihre Kommando-, Kontroll- und Kommunikationszentren gut gegen Luft- und Raketenangriffe geschützt und der Nachschub aus den USA und die Verbindungswege in Europa gesichert waren. Die Erkenntnis, dass all diese Ziele gegen die billigen, russischen Raketen nicht zu verteidigen sind, muss für die Generäle ein Schock gewesen sein.

Laut der bereits oben erwähnten FAZ hatte sich Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg, am Mittwoch, dem 12. Februar 2020, anlässlich des Treffens der NATO-Verteidigungsminister im Brüsseler Hauptquartier „sehr besorgt über die neuen russischen Raketensysteme“ gezeigt. Vor allem sorgte sich laut FAZ NATO-Chef Stoltenberg wegen der neuen Hyper-schallwaffen, „wie die Allianz angesichts dieser Bedrohungen eine glaubwürdige Verteidigung“ aufrechterhalten könne, so die FAZ.

Anlässlich der Streitkräfte-Messe 2021 in Moskau sagte Präsident Putin am 23. August 2021, dass Russland die

technologische Vorherrschaft in einer Reihe von Bereichen der Militärtechnologie erreicht habe. "Viele dieser Waffen haben anderswo auf der Welt keine Analoga in Bezug auf ihre taktischen und technischen Eigenschaften.... Und nach dem, was wir sehen, kann man fest sagen: Sie (der Westen) werden sie für eine lange Zeit nicht haben." (6)

Die beste Verteidigung der NATO wären gute Beziehungen zu Moskau statt Vorrücken bis an die russischen Grenzen. Aber statt auf die von Moskau den USA und dem Westen immer wieder neu gemachten Gesprächsangebote zur Erhaltung und eventueller Verbesserung der Rüstungskontrollverträge einzugehen, haben im Westen die politischen Eliten die Beziehungen zu Moskau mit immer neuen Provokationen und Sanktionen tiefgefroren.

Als im April 2021 die Ukraine mit stillschweigender Zustimmung der USA ihr Militär mobilisierte, um die Ostukraine und die Ukraine zurückzuerobern, hatte Putin in einer Erklärung betont, dass die neuen Waffen ein Schwerpunkt für die russischen Streitkräfte und eine wichtige Abschreckung im Umgang mit potenziell unfreundlichen Staaten seien. Wörtlich fügte hinzu: **"Wir haben Geduld, Selbstvertrauen und die Rechtschaffenheit ist auf unserer Seite. ... Ich hoffe, dass niemand daran denken wird, rote Linien in seinen Beziehungen zu Russland zu überschreiten. Wo diese Linien verlaufen, das bestimmen wir."**

Dann warnte er die Abenteurer mit den Worten: „Diejenigen, die Provokationen planen, werden ihre Taten auf eine Weise bereuen, wie sie lange Zeit nichts mehr bereut haben“.

Zum Abschluss wollen wir uns fragen: **„Was lernt uns das?“**

Die gute Nachricht ist, dass Russland aber auch China gegen einen militärischen Angriff der USA oder der Nordatlantischen Terrororganisation NATO heute weitaus besser geschützt sind als noch vor fünf Jahren. Zu den guten Nachrichten gehört auch, dass der Niedergang des Neoliberalismus und der „regelbasierten internationalen Ordnung“ der westlichen Unwertegemeinschaft nicht mehr aufgehalten werden kann.

Die schlechte Nachricht ist, dass es keinen Lichtblick für unser Land gibt. Egal auf welche Politikbereiche man in Deutschland oder in der EU oder ganz allgemein im Wertewesten blickt, überall zeigt sich erschreckende Dummheit gepaart mit der unausstehlichen Arroganz von Menschen, die sich selbst als moralisch höherstehend begreifen.

Auch scheint dem im Westen herrschenden System eine Gesetzmäßigkeit innezuwohnen, wonach je nach Job nur die Skrupellosesten oder dümmsten Ja-Sager in Führungspositionen gehievt werden.

Zudem sind die meisten unserer Politiker nicht nur inkompetent, sie sind spektakulär inkompetent. Das wird durch einen kurzen Blick auf die aktuelle Ministerriege bestätigt. Erschwerend kommt hinzu, dass die große Mehrheit der Abgeordneten korrupt und eng verfilzt mit Lobbys ist, was ihnen zusätzliche Gelder einbringt. **Dem Volk zu dienen, ist wahrhaft ein lukratives Geschäft.** Daher eine kleine Warnung zum Schluss: Wer glaubt, dass die Volksvertreter das Volk vertreten, der glaubt auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten.

<sup>1</sup> <https://www.geopoliticalmonitor.com/what-does-afghanistan-mean-for-us-allies-in-east-asia/>

<sup>2</sup> <https://www.japantimes.co.jp/opinion/2021/08/25/commentary/world-commentary/will-london-washington-listen/>

<sup>3</sup> <https://www.zerohedge.com/geopolitical/will-ukraine-face-same-abandonment-after-us-exit-afghanistan>

<sup>4</sup> <https://www.rt.com/russia/469353-russia-weapons-aircraft-carriers/>

<sup>5</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nato-besorgt-ueber-russische-hyperschallwaffen-16630557.html>

<sup>6</sup> [https://www.rt.com/russia/532842-russia-expand-navy-nuclear-subs/?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fzen.yandex.com&utm\\_campaign=dbr](https://www.rt.com/russia/532842-russia-expand-navy-nuclear-subs/?utm_referrer=https%3A%2F%2Fzen.yandex.com&utm_campaign=dbr)

Gerhard Nennstiel,  
**Eine einheitliche freie Gewerkschaftsorganisation für  
Deutschland sowohl in den Nachkriegsjahren als auch  
1989/90 verhindert**  
schriftlicher Redebeitrag

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen,  
verehrte Anwesende

gern bin ich dem Vorschlag gefolgt, heute hier auf unserer Veranstaltung nach 31 Jahren Vereinnahmung der DDR, Gedanken zu unserer Zerschlagung oder wie es für uns ironisch heißt zur Auflösung des FDGB mit seinen 16 IG / Gewerkschaften kam.

Das Land die Sowjetunion, die uns in der von ihr besetzten Zone mit dem Befehl Nr.2 den Weg zum Aufbau neuer freier Gewerkschaften frei machte und andererseits zerstörten durch ihre verräterische Führung unter Gorbatschow, Jakowlew, Jelzin, Schewardnadse u. andere das sozialistische Aufbauwerk in Ihrem Land und den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft.

Nur eines konnte und darf nicht zerstört werden, unser Verhältnis zu Russland, zu seinen Menschen und unser Glauben an die Kraft Russlands zur Erhaltung des Weltfriedens.

Ich stelle voran die nicht widerlegbare Wertung zum FDGB, wie er den Aufruf der antifaschistischen Gewerkschafter zur Bildung der Einheitsgewerkschaft erfüllte, erstarkte und zu einer weltweit geachteten Gewerkschaftsorganisation wurde.

In dem vom Gründungskongress beschlossenen „Grundsätzen und Aufgaben“ hieß es:

**„Im Interesse der Einheit des Deutschen Gewerkschaftsbundes erstreben wir eine Konferenz demokratisch gewählter Gewerkschaftsvertreter aus allen Gebieten Deutschlands“**



In diesem Sinne gab es auch Bestrebungen der Arbeiter und Werktätigen sowie von den Basisorganisationen der Gewerkschaften in den westlichen Besatzungszonen.

Der 1945 in Paris gegründete Weltgewerkschaftsbund setzte sich von Beginn an für die gesamtdeutsche Gewerkschaftseinheit ein.

Aber wie die Entwicklung zeigte, kam es damals in den Nachkriegsjahren wie auch 89/90 nicht zur Bildung einer einheitlichen freien deutschen Gewerkschaftsorganisation.

Wie war es damals, wie war es vor 31 Jahren 89/90 ?

Am 14. Juli 1946, ein Jahr nach der Gründung des FDGB in der östlichen Besatzungszone, trafen sich Vertreter der neuen freien Gewerkschaften der vier Besatzungszonen und Groß-Berlin in Frankfurt am Main im Haus der Bauarbeiter. Nach Dokumentenlage wollte offenbar Willi Richter, nach Gründung des DGB im Oktober 1949 Geschäftsführer des DGB und von 1956 bis 1962 Bundesvorsitzender des DGB, dem Bemühen des FDGB zuvorkommen, aber im Interesse die interzonalen Kontakte voran zu bringen, wurde auf eine hemmende Polemik verzichtet. Noch heute müssen wir uns hochachtungsvoll der Geburtshelferrolle des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) für das Zustandekommen der Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften und für sein Bemühen auf dem Weg zur deutschen Gewerkschaftseinheit die deutschen Gewerkschaften in seine Reihen baldigst aufzunehmen. Dem Gewerkschafter und Widerstandskämpfer Luis Saillant, Generalsekretär des 1945 gegründeten WGB, ist zu verdanken, dass der Alliierte Kontrollrat für Deutschland sich mit dem Projekt der Interzonenkonferenzen einverstanden erklärte. Er selbst lud zur ersten Interzonenkonferenz nach Mainz ein. Neun Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaftsbünde und weitaus mehr interzonale Treffen der Einzelgewerkschaften sowie Konferenzen der

Personengruppen Jugend und Frauen fanden zu Sachfragen, statt. Luis Saillant erläuterte den deutschen Gewerkschaftsvertretern aller Zonen, um welche Vorschläge es sich handelte, die vom Alliierten Kontrollrat bestätigt wurden, das Recht periodisch in den vier Zonen einen Meinungsaustausch zu veranstalten, das Recht des WGB sich mit Vertretern der deutschen Gewerkschaften zu versammeln und zu beraten, die Anweisung an das Arbeitsministerium im Alliierten Kontrollrat mit dem WGB zusammen zukommen, um Beschwerden und Vorschläge zu besprechen. Alle wollten keine Restauration jener Verhältnisse, die zum Faschismus und zum 2. Weltkrieg führten, keine Wiederkehr von Krupp, Thyssen, Abs und der Bänker der Großbanken.

Im Oktober 1947 beschloss die 6. Interzonenkonferenz in Bad Pyrmont, englische Besatzungszone, die Durchführung eines Allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongresses zur Wahl einer **gesamtdutschen** Generalkommission mit Beirat der fünf deutschen Gewerkschaftsbünde. Dieser Beschluss wurde zwei Monate vor der Londoner Außenministerkonferenz der Unterzeichnerstaaten des Potsdamer Abkommens 1947 gefasst.

Wie bekannt, gab es dann auf der besagten Londoner Konferenz keine Verständigung über den Abschluss eines Friedensvertrages. Die Westmächte zogen es vor, die Bildung eines Teilstaates Bundesrepublik zu forcieren.

Clay, der Militärgouverneur der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland und dem amerikanischen Sektor von Berlin 1947-1949 hatte in Konrad Adenauer und Ludwig Ehrhard treue deutsche Verbündete für seine Restaurationspolitik des deutschen Monopol- und Finanzkapitals gefunden.

Ihnen war das gemeinsame Ziel eigen: **Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.**

Im Zusammenhang mit der Einführung der D-Mark vollzogen sozialdemokratische Oppositionelle die Spaltung des FDGB Groß-Berlin. Von der US-Militärbehörde wurde zugleich im Juli 1948 die Tätigkeit des FDGB im amerikanischen Sektor, in den Berliner Bezirken Neukölln, Kreuzberg, Tempelhof, Schöneberg, Steglitz und Zehlendorf untersagt und wenig später die Tarifhoheit der Einzelgewerkschaften des FDGB in den Westsektoren gerichtlich aberkannt. Alle Anstrengungen, den Beschluss von Pymont umzusetzen, gerieten in den Sog des Spaltungsprozesses. Im August 1948 endete mit der Vertagung der 9. Interzonenkonferenz in Elsweiler bei Lindau wegen der Differenzen zur Spaltung des FDGB in Berlin die im Sommer 1946 begonnene Zusammenarbeit der Deutschen Gewerkschaftsbünde. Zu einer zehnten Interzonenkonferenz kam es trotz Bemühungen des FDGB nicht mehr.

Mit der Gründung des DGB im Oktober 1949 begann für die gewerkschaftliche Verständigungsampel in der Nachkriegszeit im gespaltenen Deutschland fast übergangslos ein Schalten von Grün auf Rot (natürlich im verkehrstechnischen Sinn).

**Ein Schelm, wer Vergleiche mit 1989 oder dem Mauerbau anstellt.**

Bis zur sogenannten neuen Ostpolitik hielt der beziehungslose Zustand zwischen den beiden Gewerkschaftsbünden Ost und West trotz vielfältiger Angebote des FDGB noch zwei Jahrzehnte an.

Erst nach 1969/70 kam es zur schrittweisen Aufnahme von Beziehungen zwischen den Dachverbänden des DGB und des FDGB und deren Einzelgewerkschaften.

Noch am 11. September 1989 hieß der DGB-Vorsitzende Ernst Breit unseren FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch zu einem viertägigen Aufenthalt in der Bundesrepublik herzlich willkommen.

Die weitere Zusammenarbeit wurde geplant, was folgte war eine Verteufelung des FDGB.

Anstelle der zuvor geäußerten Kooperationsbereitschaft des DGB mit dem FDGB begann die Forcierung der Autonomie-Bestrebungen in Einzelgewerkschaften des FDGB, zentral und in den Bezirken, um den Bundesvorstand zu isolieren und schließlich auszuhebeln. Auf seiner Sitzung des Bundesvorstandes des DGB am 6. Februar 1990 hieß es: „Es bleiben weiterhin gewichtige Zweifel (nach dem außerordentlichen FDGB-Kongress zuvor), ob der FDGB als Gewerkschaftsbund reformierbar ist“.

Während die Volkskammer der DDR am 1. Dezember 1989 die „führende Rolle der SED“ aus der Verfassung der DDR gestrichen hatte und auf dem außerordentlichen Parteitag der SED/PDS in der ersten Dezemberhälfte 1989 sich selber aufhob, kam es zeitgleich zu ersten offiziellen Vereinbarungen der Einzelgewerkschaften IG Bergbau/Energie, IG Bau-Holz und IG Metall mit ihren Partnergewerkschaften im FDGB. Am 27. Februar gaben die IG Metall im DGB und FDGB darüber hinaus eine gemeinsame Erklärung zur deutschen Einheit ab.

Für die Spaltung des einheitlichen Gewerkschaftsbundes FDGB mit seinen 16 IG/Gewerkschaften waren die Einheitsbehüter in der Spitze des FDGB und der größten Einzelgewerkschaft im FDGB, der IG Metall, im Weg, man erwartete ihren Widerstand (dessen konnten sie sich gewiss sein)- und man musste Sie loswerden, von langer Hand vorbereitet mit einer regelrechten Kampagne von Beschuldigungen.

Der Bundesvorstand des DGB infolge der kritischen Mitgliedersituation und dem Bankrott der Neuen Heimat arm im Haushalt stellte dennoch im März 1990 zwei Mio.DM für seine Präsenz im Osten Deutschlands zur Verfügung.

Zur Präsenz des DGB gehörte bereits im Frühjahr 1990 die Einrichtung von Kontakt- und Beratungsbüros sowie eines

Verbindungszentrums des DGB in der Hauptstadt der DDR. Neugewählte Betriebsräte organisierten schon im Sommer 1990 die Aufnahme von Mitgliedern in die zuständige DGB-Gewerkschaft – entwürdigend für die Mitglieder des FDGB die Aufnahme in eine neue Mitgliedschaft zu beantragen.

Franz Steinkühler, Vorsitzender der IG Metall in der BRD, ging der Zerfall des FDGB offenbar nicht schnell genug. Um ihn zu forcieren, schrieb er in der Mitgliederzeitung der IG Metall Nr.3/1990, dass der FDGB-Kongress vom 31. Januar bis 1. Februar ein erster Anfang gewesen sei, aber er hat nicht überzeugt. Mit Wendehälsen lässt sich kein Vertrauen gewinnen.

Steinkühler wollte die Wende zum Ende, um die Mitglieder im FDGB mit deren Mitgliedsbeiträgen zu übernehmen.

Für die etablierte Gewerkschaftsbewegung sollte die „Einheit“ eine historische Chance werden, weil sie für die Gewerkschaftsbewegung ein bedeutendes **Wachstumspotential** bot, so der Nachfolger von Steinkühler, Klaus Zwickel, in seiner 2005 erschienen Biographie.

Stellt sich doch die Frage, was diese Chance zunichte gemacht hat. Es waren wohl nicht die sogenannten Karteileichen des FDGB, sondern die im Auftrag der Regierung handelnde Treuhandanstalt mit ihren Blitzsiegaktionen durch Totalenteignung und kriminelle Handlungen.

Die finanzielle Hypothek aus Beitragsrückgängen in den 80-er Jahren und den Milliardenverlusten aus dem Neue-Heimat-Skandal, mit der der DGB in die deutsche Einheit ging, wie sich zeigte, nicht auf. Selbst die große IG Metall geriet in den Strudel der Beitragserosion und schloss 1993 mit einem Defizit von 100 Mio DM ab.

Angemerkt sei, dass noch heute der Betrugsskandal und die Pleite des gewerkschaftseigenen Unternehmens im DGB ein Tabu-Thema ist, Stillschweigen wurde von oben sowohl auf den

Weg in die deutsche Einheit und Schweigen bis auf den heutigen Tag bewahrt.

Zur Ablenkung wurden umso mehr Betrugsfälle oder dazu gemachte Behauptungen in der Spitze des FDGB in die Welt gesetzt.

Der 14. Ordentliche Gewerkschaftskongress des DGB im Mai 1990 bekräftigte endgültig die Anpassung **an die schwarze Regierungspolitik zur Deutschen Einheit**. Sein höchstes Organ, der 14. Bundeskongress des DGB, erklärte am 22. Mai 1990 „... das Ziel die deutsche Einheit zügig zu verwirklichen“ und eine einheitliche Gesellschaftsordnung für ganz Deutschland zu schaffen.

Von der Ausschöpfung des Grundgesetzes zur Schaffung gemeinwirtschaftlicher Strukturen für eine soziale Transformation, zu der auch die ursprünglich vorgesehene Ablösung des provisorischen Grundgesetzes aus dem Jahre 1949 durch eine Verfassung für das vereinigte Deutschland Grundlage hätte sein können, wurde verzichtet. Wie die Praxis aussah, zeigt die gewerkschaftliche Mitgliederentwicklung.

Der Systemwechsel hat in den neuen Bundesländern neue politische Widersprüche und bisher nicht gekannte Gegensätze erzeugt.

Unübersehbar hat sich die Gesellschaft hier als Teil der bürgerlich kapitalistischen der alten Bundesländer verwandelt. Monopolkapital herrscht dort wie hier. Die Analyse der kapitalistischen Ökonomie von Karl Marx hat wieder an Bedeutung gewonnen. Nicht wenige denken aber auch an die kollegialen Beziehungen in der DDR zurück.

Auf dem 15. Bundeskongress des DGB musste festgestellt werden, die Arbeit des DGB professioneller und effektiver zu gestalten. Beschlossen wurden eine Verkleinerung der Gremien und Veränderungen zwischen den Einzelgewerkschaften und dem

Dachverband. Schließlich zwang die finanzielle Lage zu gravierenden Fusionen. Sie gipfelten in der Vereinigung von fünf Einzelgewerkschaften. Am Vorabend der Annexion der DDR gehörten dem DGB 7.937.923 1990 Mitglieder an. Obwohl eine Fusion mit FDGB-Gewerkschaften abgelehnt wurde, erhöhte sich die Mitgliederzahl auf 11.015.612 Mitglieder. Trotz Gewinnung von Mitgliedern für die DGB-Gewerkschaften und anderer Maßnahmen hielt der Mitgliederschwund an. Zum ersten Mal ist der Mitgliederstand 2017/18 unter 6 Mio. gesunken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Anwesende,  
die Mitglieder unseres Vereins Freie Deutsche Gewerkschaften sahen und sehen Ihre Verantwortung darin, die Erfahrungen Ihrer Tätigkeit im FDGB festzuhalten und wirksam zu vermitteln. Einen bedeutenden Schritt konnten wir mit unserer Kontaktaufnahme zum Weltgewerkschaftsbund einleiten.

Der WGB hat nach einer schweren Wegstrecke durch die Zerschlagung der Gewerkschaften in den sozialistischen Staaten sich wieder erholt und entwickelt sich zu einem bedeutenden Erfahrungszentrum für sozialistisch orientierte Gewerkschaften weltweit.

Enden möchte ich mit der zusammenfassenden These zum FDGB, wie ihn viele Gewerkschafter weltweit sehen.

**Die Gewerkschaften in Ihrer Einheit im Osten Deutschlands in den Jahren 1945 bis 1990 waren und bleiben ein bedeutendes Phänomen eine in ihrer Vielfalt und Wirkungskraft einmalige gewerkschaftliche Errungenschaft sowie eine Bereicherung und Fortschreibung der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung.**

## Zur Gründung einer Initiative „Pflege der Freundschaft zu Russland“

Die Initiative „Pflege der Freundschaft zu Russland“ wurde im August 2021 gegründet, wird vom Präsidenten des OKV geführt und ans Präsidium des OKV angebunden. Die Initiative hat das Ziel Beziehungen zu russischen Partnern, wie z.B. zum Verband der Offiziere Russlands und anderen nichtstaatlichen Interessenvertretungen zu koordinieren und in breiterem Umfang als bisher bestehende Aktivitäten zu kommunizieren sowie auszubauen.

Interessenten zum Mitwirken melden sich bitte bei Hans-Günter Schleife, Dr. Matthias Werner, Wolfgang Kroschel, Cilly Keller, Lothar Schlüter oder Joachim Bonatz. Gleiches gilt für Information zu und Koordinierung von Aktivitäten der Verbände, die die Pflege der Freundschaft zum Inhalt haben.

Die Initiative kann auch Aktivitäten von Verbänden einbeziehen, die nicht Mitglied des OKV sind.



## Grußwort von ISOR e.V. zur Alternativen Einheitsfeier 2021 des OKV

Die Verbände des OKV führen seit 2006 die „**Alternative Einheitsfeier**“ durch. Mit dieser Veranstaltung zeigen sie jeweils aktuell und deutlich, dass keine Vereinigung zwischen BRD und DDR als gleichberechtigte Staaten stattgefunden hat, sondern nach wie vor und zunehmend die Mentalität zwischen „Sieger“ und „Besiegtem“ alle Bereiche des Lebens durchdringen. ISOR e.V. prangert u.a. den Missbrauch des Rentenrechts durch Politik und Justiz dieses Staates an. Im gerechten rentenrechtlichen Kampf haben wir die Verbände des OKV an unserer Seite. Die Siegermentalität in sozialen und rentenrechtlichen Fragen war auch Gegenstand von Alternativen Einheitsfeiern. Im Juni 2021 beging ISOR e.V. seinen 30. Jahrestag.

Im 30. Jahr des Bestehens gab SOR e.V. eine **Medaille zur Würdigung des Zusammenhalts seiner Mitglieder** im politischen und juristischen Kampf gegen diese Seite der staatlichen Willkür in Form von Rentenstrafen nach §§ 6 und 7 AAÜG aus.



Diese Medaille erhielten einige Vorsitzende von Verbänden des OKV sowie sein ehemaliger und heutiger Präsident in Würdigung des Zusammenhalts aller Mitglieder der Verbände des OKV auch im Kampf um Rentengerechtigkeit und für eine bessere Zukunft. ISOR e.V. war, ist und bleibt fester Bestandteil des OKV und seines Wirkens für ein friedliches sowie gerechtes Zusammenleben in einer besseren Zukunft.

**Horst Parton, Vorsitzender**

## Gemeinsam für den Frieden Ein Aufruf zur Vernunft, 16. Juni 2021

Angesichts der militärischen und politischen Situation der Welt von heute wird der Kampf um den Frieden immer mehr zum zentralen Anliegen aller vernünftigen Menschen.

Als ehemalige oder heute noch aktive Militärs in Ost und West haben wir diesbezüglich eine besondere Verantwortung, weil wir die Folgen von Kriegen kennen. Frieden ist heute nur erreichbar, wenn wir zurückkehren zu den Prinzipien, auf denen 1945 nach zwei Weltkriegen auf der Basis der Charta der Vereinten Nationen die Nachkriegsordnung aufgebaut wurde

- Achtung der souveränen Gleichheit aller Staaten, gleich ob groß oder klein
- Verzicht auf die Androhung und Anwendung von Gewalt

Zu diesen Prinzipien müssen wir zurückkehren, vor allem angesichts des Vernichtungspotentials von Atomwaffen und Massenvernichtungsmitteln sowie der Ausdehnung des militärischen und wissenschaftlichen Wettrüstens auf immer neue Gebiete, bis hin zum Kosmos.

Deshalb rufen wir auf zur Besinnung auf eine Politik des gegenseitigen Respekts und der Zusammenarbeit, vor allem der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO, denen als Atommächte eine besondere Rolle zukommt.

Unser Land, eine der stärksten Wirtschaftsmächte der Welt, trägt wegen seiner Geschichte dabei eine besondere Verantwortung.

Soldaten der höheren Führungsebene erkennen auch bei uns ihre Verantwortung, die Politiker zu einer Politik der

Friedenserhaltung und Zusammenarbeit aufzurufen. Wer heute über Mittel verfügt, die über Leben oder Tod entscheiden, kann sich nicht mehr als bloßer Befehlsempfänger der Politik sehen. Wer diese Verantwortung auf seinen Schultern trägt, hat nicht nur die Pflicht, sondern auch das Recht, eine Politik einzufordern, die das gemeinsame Überleben aller sichert.

Die Sorge um die Erhaltung des Friedens und die Wahrnehmung unserer Verantwortung für die Zukunft sollten uns über alle sonstigen Unterschiede hinweg einen. Diese Erde gehört nicht nur uns, sie gehört auch den Generationen, die noch ins Leben treten werden.

Alle, die die Sorge um die Erhaltung des Friedens und des Überlebens mit uns teilen, sind willkommen, unabhängig von ihrer Nationalität, Profession, ihrem Alter, Geschlecht und Glaubensbekenntnis.

Wir fordern von unseren Regierungen, Konflikte mit friedlichen Mitteln unter Beachtung der Interessen der Mehrheit der Menschen zu lösen.

Unsere Regierungen sollen eine Politik der Zusammenarbeit führen und gegen andere Länder keine Politik betreiben, die sie zwingen könnte, ihre Interessen mit militärischen Mitteln zu schützen.

Als Militärs fordern wir, den über Jahrzehnte erfolgreichen Prozess der Rüstungskontrolle auf allen Ebenen fortzusetzen. Er ist seit über einem halben Jahrhundert Beweis dafür, dass bei entsprechendem politischem Willen und gegenseitiger Achtung auch komplizierte Probleme unter strikter Kontrolle einvernehmlich lösbar sind.

Allen ist klar, dieser Prozess bedarf seiner Anpassung an die Veränderungen in der Welt. Gemeinsam mit vielen gleichgesinnten Verantwortungsträgern rufen wir deshalb dazu auf, innezuhalten mit der Zerstörung des Völkerrechts und der elementaren Lebensgrundlagen der Völker.

## **Es geht um unser Aller Überleben! Heute werden dafür die Weichen gestellt!**

Generaloberst a.D. Fritz Streletz  
Generalleutnant a.D. Manfred Grätz  
Generalleutnant a.D. Wolfgang Neidhardt  
Generalmajor a.D. Manfred Jonischkies  
Konteradmiral a.D. Gerhard Müller  
Oberst a.D. Frithjof Banisch  
Oberst a.D. Herbert Prauß  
Oberstarzt Dr. Georg Ludvik (Österreich)  
Kapitän zur See a.D. Gerhard Matthes  
Oberstleutnant a.D. Siegfried Eichner  
Major a.D. (Bw) Florian Pfaff

Generaloberst Vitali Asarew (RF)  
Generalleutnant a.D. Horst Sylla  
Generalmajor a.D. Sebald Daum  
Generalmajor a. D. Dr. Günter Voigt  
Oberst a. D. Friedemann Munkelt  
Oberst a.D. Bernd Biedermann  
Oberst a.D. Nikolai W. Tschuikow (RF)  
Kapitän zur See a.D. Werner Murzynowski  
Kapitan 1.Ranges a.D. Mikhail Pyresin (RF)  
Major a.D. Rainer Paskowsky

Der Aufruf wurde am 16. Juni 2021 bei einer Pressekonferenz bekanntgegeben. Alle, die dies ebenso sehen, sind gebeten den Aufruf zu unterzeichnen (Mail an den Geschäftsführer des **Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und Grenztruppen der DDR** ([kursawe@vtnvagt.de](mailto:kursawe@vtnvagt.de))).

Siehe auch

[Gemeinsam für den Frieden | Von Joachim Bonatz | KenFM.de](#)

## Grußbotschaft des Weltfriedensrates aus An- lass des 76. Jahrestages des Atombombenab- wurfes auf Hiroshima und Nagasaki



An den Deutschen Friedensrat und das „BÜNDNIS 6. August“

**Liebe Friedensfreunde und Mitkämpfer für eine Welt ohne Nuklearwaffen und imperialistische Kriege!**

76 Jahre sind seit dem US-imperialistischen Verbrechen gegen das Japanische Volk vergangen, als der Atompilz Tausende Menschen in Hiroshima und Nagasaki vom Erdboden vernichtete, am 6. und 9. August 1945. Tausende Menschen wurden ebenfalls verletzt und "lebten" auch mit den Verbrennungen und anderen Wunden der Atomkatastrophe. Der Sachschaden war enorm, als die beiden Zielstädte der USA dem Erdboden gleichgemacht wurden. Das eigentliche Ziel waren die Völker, die UdSSR, die aufstrebende Revolutions- und Arbeiterbewegung. Die imperialistische Propaganda versucht auch heute noch, die wahren Ziele zu verschleiern, indem sie die Lüge von der "militärischen Notwendigkeit" der Bomben benutzt, während der Zweite Weltkrieg vorüber war! Der Weltfriedensrat war und ist dem Kampf für die Vernichtung aller Atomwaffen seit mehr als 70 Jahren verpflichtet und verbunden. Der "Stockholmer Appell", der vom Weltfriedensrat 1950 initiiert wurde, verlangte genau das, und die mehr als 450 Millionen Unterschriften weltweit beweisen die Gefühle und den Willen der Menschheit.

Als Weltfriedensrat unterstützen wir von Anfang an die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags und alles, was damit verbunden ist, wir verlangen von allen Regierungen die Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrags. Aber wir haben keine Illusionen über die Motive und Ziele der Imperialisten und ihrer Partner,

wie immer sie auch heißen. Gleichzeitig unterschätzen wir auch die konventionellen Kriege und Konflikte nicht, die von derselben Gier nach Rohstoffen, Märkten und Einfluszbereichen geprägt sind.

Der im Rahmen der NATO seit Jahren erwogene „nukleare Erstschlag“ wurde durch den NATO-Gipfel in Warschau im Juli 2016 bestätigt und beim letzten Juni-Gipfel in Brüssel aktualisiert. 76 Jahre nach dem nuklearen Holocaust in Japan steht die Menschheit weiterhin vor der nuklearen Bedrohung, während gleichzeitig die weltweiten Militärausgaben zu Lasten der Bedürfnisse der Bevölkerung wieder und wieder steigen.

Auf dem jüngsten NATO-Gipfel im Juni 2021 wurden alle früheren, Beschlüsse des Bündnisses ratifiziert. Durch die Strategie „NATO 2030“ und die Doktrin der „Globalen NATO“ wird ihre Einsatzfähigkeit weiter ausgebaut, so daß sie überall auf der Welt eingreifen kann, wo euroatlantische Interessen und Investitionen auf dem Spiel stehen. Es werden alte und neue Vorwände, wie Cyber-Kriegsführung, Klimawandel, asymmetrische Bedrohungen usw. verwendet, um neue imperialistische Interventionen gegen die Völker zu starten. Die militärische Umzingelung Russlands von NATO-Truppen und die eskalierende Rhetorik und Sanktionen gegen Russland und China drehen die Kriegsspirale in die Höhe. Die Völker der Welt haben nichts zu gewinnen von diesen gefährlichen Kriegsspielen. Aber es geht auch nicht darum, als friedensliebende Menschen und Kräfte blind die eine oder andere Seite zu unterstützen, unser Kampf geht gegen die imperialistischen Pläne und Kriege, gegen die Ausbeutung von Völkern und ihren Ressourcen, gegen die Besatzung und Aggressionen, gegen die Bedrohungen von souveränen Ländern.

Das Opfer der Menschen von Hiroshima und Nagasaki vor 76 Jahren erinnert uns an ein Verbrechen, das nie wieder wiederholt werden darf!

Der Weltfriedensrat hält dieser Tage in Dutzenden Ländern Mahnveranstaltungen ab, in Abstimmung mit unseren Mitgliedsorganisationen, auch mit dem Japanischen Friedenskomitee. Wir schätzen die standhafte und prinzipientreue Haltung und Positionen des Deutschen Friedensrats in einem Kernland der imperialistischen Europäischen Union und der NATO, in einem Land, das große Waffengeschäfte weltweit macht und alle reaktionären Beschlüsse der NATO mitträgt.

Wir solidarisieren uns mit der deutschen Friedensbewegung und Euren Aktionen!

Nie wieder Hiroshima & Nagasaki! Weg mit allen Atomwaffen!

Das Sekretariat des Weltfriedensrats  
Athen, am 4. August 2021.

Zur Veranstaltung am 3.10.2021 zeichnen Dr. Peter Kroh sowie E. Rasmus ihre Bücher für Interessenten

„**Bunte Steinchen**“ von Dr. Peter Kroh ist bei amazon veröffentlicht unter:

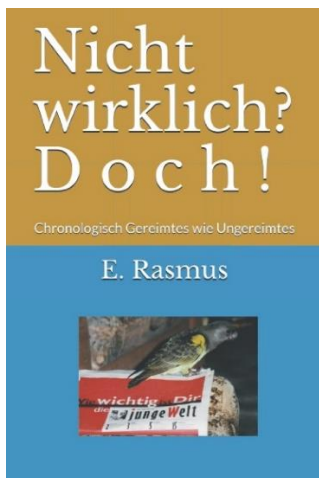
[https://www.amazon.de/f%C3%BCr-das-Leben-nach-COVID-19/dp/B08KJZCQKL/ref=sr\\_1\\_2?\\_mk\\_de\\_DE=%C3%85M%C3%85%C5%BD%C3%95%C3%91&dchild=1&keywords=buch+bunte+steinchen&qid=1628233334&sr=8-2](https://www.amazon.de/f%C3%BCr-das-Leben-nach-COVID-19/dp/B08KJZCQKL/ref=sr_1_2?_mk_de_DE=%C3%85M%C3%85%C5%BD%C3%95%C3%91&dchild=1&keywords=buch+bunte+steinchen&qid=1628233334&sr=8-2)



Viele reden über eine „neue Normalität“ nach der Corona-Pandemie. Kaum einer sagt konkret, worin das „Neue“ bestehen soll, was an „Altem“ zu ändern oder gar zu beseitigen sei. Die „Bunten Steinchen“ beinhalten ein klares und zugleich herausforderndes Angebot, das nicht allein auf gesundheitspolitische Konsequenzen verweist. Vielmehr seien für eine neue, bessere Normalität grundsätzliche ökonomische, politische, soziale und ideelle Probleme zu lösen. Entscheidender Maßstab ist die Frage: Sind die schon getroffenen und noch zu treffenden Entscheidungen über notwendige gesellschaftliche Veränderungen „enkeltauglich“?

„Nicht wirklich? Doch!“ Von E. Rasmus ist bei amazon veröffentlicht unter:

[https://www.amazon.de/Nicht-wirklich-Chronologisch-Gereimtes-Ungereimtes/dp/B099TSBK3G/ref=sr\\_1\\_5?\\_mk\\_de\\_DE=%C3%85M%C3%85%C5%BD%C3%95%C3%91&dchild=1&keywords=Nicht+wirklich%3F&qid=1628234076&s=books&sr=1-5](https://www.amazon.de/Nicht-wirklich-Chronologisch-Gereimtes-Ungereimtes/dp/B099TSBK3G/ref=sr_1_5?_mk_de_DE=%C3%85M%C3%85%C5%BD%C3%95%C3%91&dchild=1&keywords=Nicht+wirklich%3F&qid=1628234076&s=books&sr=1-5)



Chronologisch Gereimtes wie Ungereimtes sind ausgewählte Gedichte zu den verschiedensten überwiegend politischen Ereignissen. Sie füllen als Bestandteil der Website des Kuratoriums Ostdeutscher Vereine e.V. - OKV - über 106 Seiten.

Die Überlegung, dieses poetische Zeitdokument als Taschenbuch gedruckt in unserer schnelllebigen wie von Unvorhersehbarkeiten gezeichneten Welt herauszubringen, begrüßt auch die Redaktion des OKV.